

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion, CDU-Gemeinderatsfraktion,
SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/13 Antrag Nr. 01

Verpflichtungen erfüllen – vom Gemeinderat beschlossene Ziele

Der Gemeinderat hat im Vorgriff auf die Haushaltsberatungen 2012/13 wichtige Zielbeschlüsse im Bereich Ausbau der Kindertagesstätten und Sanierung der Schulen gefasst.

Beide Projekte wurden vom Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen. Dennoch wurden die Mittel von der Verwaltung nicht für den Doppelhaushalt 2012/13 angemeldet oder in den Haushaltsentwurf übernommen.

Sowohl die Verwaltung als auch der Oberbürgermeister wollen diese Projekte umsetzen. Deshalb beantragen wir gemeinsam die finanziellen Mittel zur notwendigen Fortführung der Sanierungsmaßnahmen der Schulen und zum Ausbau der Kindertagesstätten. Wir kommen damit unserer Verpflichtung nach, die wir durch die Grundsatzbeschlüsse eingegangen sind.

Ausbau der Kindertagesbetreuung

Ab 1.8.2013 haben Kinder zwischen ein und drei Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder bzw. Kindertagespflege. Über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus wollen wir in einem nächsten Schritt eine Betreuungsquote von 50 Prozent erreichen.

Für den dafür notwendigen Um- und Ausbau der Kindertagesstätten in den nächsten vier Jahren wollen wir die erforderlichen finanziellen Mittel bereitstellen. Von der Verwaltung erwarten wir dazu einen konkreten Vorschlag zur Umsetzung noch innerhalb der Haushaltsberatungen.

Sanierung unserer Schulen

Bei den letzten Haushaltsberatungen wurde ein Sonderprogramm über vier Jahre für Schulsanierungen beschlossen. Durch die laufende Aktualisierung und Detaillierung der Umsetzung durch den begleitenden Gutachter unter Beteiligung des zuständigen Unterausschusses wurde das Sanierungsprogramm fortgeschrieben und durch zusätzlich notwendige Maßnahmen ergänzt.

Die Absicht des Gemeinderats, die Schulsanierungen zügig und konsequent fortzuführen und bis 2016 zu beenden, erfordert die Bereitstellung der nachfolgend beantragten Mittel.

Wir beantragen daher:

I. Um- und Ausbau Kindertagesbetreuung

1. Der Gemeinderat hat mit der GRDRs 7/2011 Kenntnis vom „2. Sachstandsbericht Kindertagesbetreuung in Stuttgart 2010“ genommen. Für die Umsetzung des gesetzlichen Anspruchs auf einen Kitaplatz ab 1.8.2013 sind die Kitas um- und auszubauen. Für diese Maßnahmen sind 102 Mio. EUR in den Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung einzustellen:

2012: 25,5 Mio. EUR
2013: 25,5 Mio. EUR
2014: 25,5 Mio. EUR
2015: 25,5 Mio. EUR

Die Verwaltung macht bis zur ersten Lesung einen Vorschlag zur Umsetzung des Um- und Ausbaus innerhalb der nächsten vier Jahre.

Für den Doppelhaushalt 2012/13: **51 Mio. EUR**

2. Betriebskosten für den Um- und Ausbau der Kitas

2012: 7,5 Mio. EUR
2013: 12,5 Mio. EUR

Für den Doppelhaushalt 2012/13: **20 Mio. EUR**

II. Schulsanierungen

Das vom Gemeinderat in den Haushaltsberatungen 2010/11 beschlossene Sanierungsprogramm für Schulen wird wie geplant konsequent fortgeführt. Am 24.2.2011 hat der Gemeinderat die GRDRs 62/2011 „Fortschreibung Schulsanierungsprogramm“ u. a. mit dem aktualisierten Sonderprogramm, den zusätzlichen Mitteln und dem Sanierungsfahrplan einstimmig beschlossen.

1. Für die Weiterführung des Sonderprogramms Schulsanierungen und den Bauunterhalt sind 114,003 Mio. EUR in den Haushalt einzustellen, wie in der „grünen Liste“ vorgeschlagen:

2012: 55,463 Mio. EUR
2013: 55,270 Mio. EUR
2014: 3,270 Mio. EUR

Für den Doppelhaushalt 2012/13: **110,733 Mio. EUR**

2. Ergänzend zum Sonderprogramm Schulsanierungen, zur Umsetzung des beschlossenen Sanierungsfahrplans und wegen dringender Sanierungsmaßnahmen sind, wie vom Gutachter im Unterausschuss Schulsanierungen am 14.09.2011 vorgeschlagen, 121,8 Mio. EUR in den Haushalt einzustellen:

2012: 66,0 Mio. EUR
2013: 55,8 Mio. EUR

Für den Doppelhaushalt 2012/13:

121,8 Mio. EUR

Silvia Fischer
Fraktionsvorsitzende
Bündnis90 /DIE GRÜNEN

Alexander Kotz
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende
SPD

Peter Pätzold
Fraktionsvorsitzender
Bündnis90 /DIE GRÜNEN

Iris Ripsam
Stellv. Fraktionsvorsitzende
CDU

Manfred Kanzleiter
SPD

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Die Verwaltungsspitze hat sich nicht getraut...

BürgerHH Ranking Nr. 65, Straßenbeleuchtung auf LED-Technik umstellen

Im löblichen Bemühen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, hat die Verwaltungsspitze sich nicht getraut, zwingend notwendige Maßnahmen im Zusammenhang mit Vorhaben Dritter oder wichtige Sicherheitsinvestitionen und Instandsetzungen für den Haushalt zu beantragen. Die Verwaltungsspitze hat es vorgezogen, die Verantwortung für solche Maßnahmen dem Gemeinderat zuzuschieben.

Wir beantragen:

In 1. Lesung ruft die Verwaltung die nachstehenden Punkte zur Entscheidung auf. Sie macht einen Vorschlag, wie aus ihrer Sicht damit umgegangen werden soll.

- Heilbronner-/Wolframstraße - Äußere Erschließung A1, 1.Teil
- U12 Dürtlewang Vorteilsausgleich Stadt
- U12, Abschnitt Mailänder Platz bis Milchhof, städtische Begleitmaßnahmen und Vorteilsausgleich
- Treppe von Paulinenbrücke zum Rupert-Mayer-Platz
- Umgestaltung Kriegsbergstraße im Zusammenhang mit dem Projekt Klinikum Mitte
- Straßenumgestaltung im Zusammenhang mit dem Projekt "Gerber" (Tübinger-, Sophien- und Marienstraße)
- BürgerHH Nr. 65
Straßenbeleuchtung, Austausch der restlichen Quecksilberdampfpanlagen (ab 2015 verboten)
- Konzept und Planung für die brandschutztechnische Nachrüstung Bauwerk B 14 - Unterführung Charlottenplatz

- Stützmauer Treppe Erbenolweg, Nord
- Betriebstechnik Tunnel
- Erneuerung Pumpwerke
- Erneuerung Tragwerke Verkehrszeichenbrücken, selbstständiges Straßenzubehör
- Betriebsaufwand Tunnel
- Unterhaltung von Ingenieurbauwerken

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Damit Stuttgart noch attraktiver wird

BürgerHH Ranking Nr. 27, Nesenbach öffnen, Nr. 38 und 96, Feuersee

I. Umgestaltung Öffentlicher Räume

Wir beantragen

1. im Haushaltsplan für die Marienstraße 880.000 € einzustellen, damit im Jahr 2012 die Planung und spätestens im Jahr 2013 die Umbau- und Sanierungsmaßnahmen realisiert werden können.

Begründung:

In Fortsetzung der Sanierung der Königstraße wurde vor wenigen Wochen die sogenannte "Querspange" fertig gestellt. Seitdem wird noch offensichtlicher, in welchem Zustand sich die Marienstraße seit Jahren befindet. Anrainer, Bezirksbeirat und die CIS setzen sich seit langem für deren Sanierung ein, um den leider seit Jahren zu beobachtenden Niedergang der einstmaligen attraktiven Einkaufsstraße aufzuhalten.

Im Frühjahr 2014 wird voraussichtlich das neue Einkaufszentrum "Gerber" eröffnet. Die Tübinger Straße wird als ein Anbindungsbereich an die City in einen "shared space" umgewandelt, genauso muss die Marienstraße als zweite Cityerschließung entsprechend dem Standard Königstraße/Querspange saniert werden. Gleichzeitig sollten über entsprechende Möblierungs- und Gestaltungsvorgaben die privaten Eigentümer und Händler für eine Qualitätsverbesserung motiviert werden.

Es wäre ein dramatischer Planungsfehler mit enormen wirtschaftlich negativen Konsequenzen, wenn diese Arbeiten erst nach der Eröffnung des Einkaufszentrums durchgeführt würden.

2. Für den 2. Bauabschnitt Querspange im Bereich Tor- und Eberhardstraße werden eingestellt 600 000 €
Zur 1. Lesung legt die Verwaltung dar, ob ggf. Mittel aus der Umgestaltung des 1. Bauabschnitts für den 2. Bauabschnitt eingesetzt werden können.

Begründung:

Wir halten die Fortsetzung der Umgestaltung der "Querspange" im Bereich zwischen Tübinger Straße und Wilhelmsplatz für dringend notwendig. Gemäß GR Drs. 825/2011 wird von einer Kostenobergrenze von 230 € / m² ausgegangen. Für eine Gestaltung, die diesem zentralen Ort angemessen ist, sind also über die Förderobergrenze von 150 € in Sanierungsgebieten hinaus

zusätzliche Mittel von 80 € / m² notwendig. Dies ergibt für das genannte Gebiet den oben stehenden Betrag.

3. Die Stadtentwicklungspauschale wird um jährlich 650 000 € aufgestockt, d.h. in 2012/2013 werden bereit gestellt 1 300 000 €

Begründung:

Ziel der Stadtentwicklungspauschale STEP ist es, das Wohnumfeld zu verbessern und damit Wohnen in der Stadt attraktiv zu machen. Die Mittel für die Stadtentwicklungspauschale sind seit 12 Jahren konstant, doch Bauen ist erheblich teurer geworden. Außerdem sollen die Tallagen des Stadtbezirks Nord in die Stadtentwicklungspauschale einbezogen werden.

4. Für die Umgestaltung der Seelbergstraße in Bad Cannstatt werden zusätzlich zu den in der Stadtentwicklungspauschale vorgesehenen Mitteln weitere 529 000 € bereit gestellt, davon in 2012/2013 423 000 €
5. Für die Umgestaltung des Dreiecksplatzes Nagold-/Iller-/Elbestraße in Münster 349 000 €, davon in 2012/2013 243 000 €
6. Für die Gestaltung der Außenanlage des Bürgerhauses Hedelfingen (incl. Parkplatz) 130 000 €

II. Wasser in der Stadt

Wir beantragen

1. Für Brunnentechnik / Wasserspiel am Mailänder Platz werden eingestellt 600 000 € (aus der Infrastrukturpauschale)

Begründung: Im Juli 2011 hat das Preisgericht Mailänder Platz sich für einen Entwurf entschieden, der sich durch zwei zentrale Ideen auszeichnet: Eichenhain und Basaltplateau mit Wasserspiel. Beides ist untrennbar Bestandteil für die Aufenthaltsqualität des neuen Platzes. Zur Finanzierung des Mailänder Platzes stehen bisher 1 Mio € zur Verfügung (von ECE und DB), die Kosten für die Brunnentechnik sind darin nicht enthalten.

2. BürgerHH Nr. 38 und 96, Feuersee
Bis zur 1. Lesung berichtet die Verwaltung, welche Mittel zur Verbesserung der Wasserqualität des Feuersees benötigt werden.

Begründung: In der Projektliste der Stadtentwicklungspauschale sind Mittel zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Feuersee enthalten. Dazu ist notwendig, dass die Wasserqualität des Feuersees erheblich verbessert wird, durch Ausbaggern von Ablagerungen und kompletter Reinigung des Sees.

3. BürgerHH Nr. 27, Nesenbach öffnen
Bis zur 1. Lesung legt die Verwaltung dar, was es kosten würde, die vorhandene Wasserrinne in der Möhringer Straße mit sauberem Quellwasser zu füllen.

Begründung: Wir entnehmen der Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Vorschlag, dass in der Möhringer Straße bereits eine Wasserrinne angelegt ist für ein Stück oberirdischen "Nesenbach", die aber derzeit noch mit Pflastersteinen gefüllt ist.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Stadt für die Menschen - Stadtumbau

I. Mittel für Planungen, Wettbewerbe und Beteiligungen**Wir beantragen**

Im Doppelhaushalt 2012/2013 werden eingestellt

1. Planungsmittel für den Neckarpark	1 030 000 €
2. Planungsmittel für das Olgäle-Areal	290 000 €
3. Mittel für einen Wettbewerb für das Areal Züblin-Parkhaus	90 000 €
4. Mittel für Workshop (12 000 €) und Wettbewerb (130 000 €) Schoch-Areal	142 000 €
5. Planungsmittel für die Jugendverkehrsschule Weillimdorf	40 000 €
6. Planungsmittel für Vorplanung eines Wettbewerbs Diakonissenplatz	25 000 €
7. Mittel für Bürgerbeteiligungen	100 000 €
8. Sachmittel Baugemeinschaften	100 000 €
9. Planungsmittel für den Prototyp für Kitas im Baukastensystem (Kita Botnang)	80 000 €

II. Stadterneuerungsmaßnahmen

Die Verwaltungsspitze hat es versäumt, die folgenden Komplementärmittel zu beantragen. Wir beantragen stellvertretend

Es werden eingestellt für

1. Aufstockung Weilimdorf 4 - Giebel, für 2012/2013	250 000 €
2. Kita und Jugendhaus Weilimdorf 4 - Giebel, für 2012/2013	500 000 €
3. Umgestaltung Jugendhaus in Bürgerhaus, Neugereut, für 2012/2013	87 000 €
4. Aufstockung Bad Cannstatt 20 - Hallschlag, für 2012/2013	0 €
5. Aufstockung Stammheim 3 - Freihofstraße , für 2012/2013	90 000 €
6. Aufstockung Zuffenhausen 8 - Unterländer Straße, für 2012/2013	90 000 €
7. Aufstockung Möhringen 3 - Fasanenhof, für 2012/2013	350 000 €
8. Aufstockung Mühlhausen 3 - Neugereut, für 2012/2013	100 000 €
9. Stuttgart 29 - Stöckach / Villa Berg, für 2012/2013	140 000 €

III. Soziale Stadt

Die Verwaltungsspitze hat es versäumt, die folgenden Mittel zu beantragen. Wir beantragen stellvertretend

Für die sogenannten Verfügungsfonds bei den Projekten soziale Stadt werden eingestellt		35 000 €,
d. h. für den Fasanenhof	10 000 €,	
für Zuffenhausen	10 000 €	
für den Hallschlag	15 000 €	

Dabei gehen wir davon aus, dass für die Verfügungsfonds Giebel und Neugereut bereits 10000 € bzw. 15000 € im Haushalt eingestellt sind.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Zukunftsaufgabe Klima und Umwelt

BürgerHH Ranking Nr. 71, Solaranlagen

Nr. 79, Energetische Schulhaus-Sanierung

Nr. 84, Strategie für die gesamte Stadt

Wir beantragen**Klima:**

1. (BürgerHH Nr. 84) Zur Weiterentwicklung des Stuttgarter Klimaschutzkonzepts KLIKS zum KLIKS 2050 mit dem Zieljahr 2050
werden im Doppelhaushalt eingestellt 200 000 €
2. (BürgerHH Nr. 71) Der Fonds für das stadtinterne Contracting, mit dem z.B. Solaranlagen finanziert werden, wird
in 2012/2013 aufgestockt um 5 000 000 €

Außerdem beantragen wir: Die dadurch erzielten Energieeinsparungen fließen nicht nur bis zur Amortisation, sondern während der gesamten technischen Lebensdauer der jeweiligen Maßnahmen in den Fonds zurück.

3. Damit der Prototyp für Kitas im Baukastensystem (Kita in Botnang) als Plus-Energie-Kita gebaut werden kann,
werden im Doppelhaushalt eingestellt 215 000 €
4. (BürgerHH Nr. 79)
Die Verwaltung legt dar, für welche der zu sanierenden Schulen eine anspruchsvolle, umfassende energetische Sanierung mittel- und langfristig wirtschaftlich ist. Sie ermittelt den dafür notwendigen finanziellen Aufwand, unter Berücksichtigung möglicher KfW-Mittel.
5. (BürgerHH Nr. 84)
In Bezug auf das städtische Energiesparprogramm
- beantwortet die Verwaltung den fraktionsübergreifenden Antrag 233/2011

(verpflichtende Erstberatung beim Energieberatungszentrum) und stellt die dafür notwendigen Mittel dar.

- macht die Verwaltung einen Vorschlag, wie die Pauschalförderung auf effektive Heizsysteme ausgeweitet werden kann, und welche Mittel dafür notwendig sind.
- macht die Verwaltung einen Vorschlag, wie das Regelprogramm an die Preissteigerungen angepasst werden kann, und welche Mittel dafür notwendig sind.

Begründung: Die Obergrenzen sind seit mindestens 10 Jahren konstant geblieben, was einer realen Kürzung von zumindest 20% entspricht.

6. Im Amt für Umweltschutz wird eine Stelle geschaffen für das Energiemanagement Heizung

Begründung:

Die Begrenzung des Klimawandels ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben überhaupt. Die beantragten Maßnahmen sind deshalb unbedingt notwendig.

Mittelfristig erspart das Contracting dem städtischen Haushalt bares Geld.

Es wird Zeit, dass auch in Stuttgart einmal ein städtisches Gebäude im Plus-Energie-Standard gebaut wird, der Prototyp für 8 weitere Kita-Neubauten bietet sich dafür an.

Die höchsten Energieeinspar-Potentiale liegen im Gebäudebestand. Sie müssen gehoben werden, bei den anstehenden Sanierungen unserer Schulen und bei Sanierungen von Haus- und Wohnungseigentümern.

Die beantragte Stelle für das Energiemanagement Heizung refinanziert sich durch die damit erreichte Energieeinsparung. Es ist bei weitem sinnvoller, Geld für Personal auszugeben statt für Energie.

Vorfinanzierung von Ausgleichsmaßnahmen

Für das Kompensationsflächenmanagement werden in 2012 eingestellt 400 000 €

Begründung:

Mit diesen Mitteln werden Ausgleichsmaßnahmen durch die Stadt **vorfinanziert**. Dadurch werden Investitionsvorhaben beschleunigt, und Ausgleichsmaßnahmen wandern nicht ins Umland ab.

Naturschutz

Der Naturschutzfonds wird dauerhaft erhöht von heute 30 000 € /Jahr auf 80 000 € /Jahr,
d.h. in 2012 um 50 000 €
und in 2012 um 50 000 €.

Begründung:

Trockenmauern sind ein charakteristisches und landschaftsprägendes Merkmal für unsere Stadt. Ihr Verfall nimmt zu. Für private Antragsteller stehen pro Jahr nur 20 000 € im städtischen Naturschutzfonds zur Verfügung. Dies reicht bei weitem nicht, um dem Antragsvolumen nachzukommen, und es reicht bei weitem nicht, um das Kulturgut Trockenmauern in unserer Landschaft zu erhalten

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Bäume, Parks und Landschaftsräume

BürgerHH Ranking Nr. 10 und 30, Neckar, Nr. 94, Mehr Bäume in die
Innenstadt

Wir beantragen

I. Bäume

Es werden eingestellt für

- | | | |
|--|--|-------------|
| 1. (BürgerHH Nr. 94) | | |
| Baumersatzkonto im Geltungsbereich der Baumschutzsatzung | | 2 000 000 € |
| 2. (BürgerHH Nr. 94) | | |
| Bäume im Bereich der Marienkirche, d.h. 2.BA Rupert-Mayer-Platz | | 500 000 € |
| 3. Sanierung alter Baumbestände in Sillenbuch (Eichenhain) und Möhringen | | 73 000 € |
| 4. Straßenbäume in Feuerbach | | 25 000 € |
| 5. Straßenbäume in Weilimdorf | | 20 000 € |
| 6. Bäume an div. Straßen in Freiberg und Mönchfeld | | 25 000 € |
| 7. Straßenbäume Stammheim | | 25 000 € |

Begründung:

Bäume tragen erheblich zur Lebensqualität in der Stadt bei. Sie beleben triste Straßenräume, lassen Jahreszeiten erleben, sorgen für Schatten und Kühle an heißen Sommertagen.

Beim Baumersatzkonto geht es um die **Vorfinanzierung** für den Ersatz von Bäumen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen.

II. Parks und Grünanlagen, Friedhöfe

Aus der Infrastrukturpauschale werden die notwendigen Mittel eingestellt für die Grünanlagen

1. Geißeich-, Zamenhofstr., West
2. Tunnel-/Oswald-Hesse-Straße, Feuerbach
3. Honigwiesen 2.BA Vaihingen

	Es werden eingestellt für	
4.	Kursaalanlagen	120 000 €
5.	Talwiesen Zuffenhausen (im Kontext mit dem Spielplatz Talwiesen)	77 000 €

6. Kooperatives Gutachterverfahren Stadtgarten und für die vertiefte Planung des städtischen Bereichs weitere	80 000 €, 150 000 €, d.h. insgesamt	230 000 €
7. Park der Villa Scheufelen, Mitte		180 000 €
8. Hoppenlaufriedhof, denkmalpflegerisches Konzept		100 000 €
9. Hauptfriedhof, Dachsanierungen		
- Feierhalle		335 000 €
- Leichenhaus		175 000 €
- Umkleide/Kantine		120 000 €
- Garagen		50 000 €
10. Fahrzeugunterstände auf dem Hauptfriedhof		220 000 €

Begründung:

Die Menschen in Stuttgart lieben die Grünanlagen und Parks. Sie müssen gepflegt und weiter entwickelt werden.

Im Hoppenlaufriedhof verfallen die Grabsteine. Es bedarf eines denkmalpflegerischen Konzepts. Häufige Dachreparaturen verschlingen Geld.

Fahrzeugunterstände auf dem Hauptfriedhof sind ein Ergebnis der Organisationsuntersuchung Friedhöfe. Mit Hilfe von Maschinen sollte Personal eingespart werden, und dazu braucht es nun Unterstände.

III. Landschaftsräume

1. (BürgerHH Nr. 10 und 30)

Im Rahmen des Landschaftsparks Neckar werden eingestellt

- Planungsmittel für das IKoNe-Projekt Wagrainäcker Hofen	190 000 €
- erste Planungsmittel für weitere Maßnahmen wie Wasenufer mit Haltestelle für Kreuzfahrtschiffe, Natueroase Auwiesen, Uferpark Austraße	40 000 €

2. Im Rahmen des Landschaftsraums Filder wird der Anteil der Stadt Stuttgart an den geplanten Starterprojekten eingestellt

30 000 €

Begründung:

Entlang des Neckars reihen sich Siedlungsflächen und Gewerbegebiete. Der Fluss muss für die Menschen in Stuttgart erlebbarer werden, die Ufer ökologisch aufgewertet werden.

Der filderübergreifende Kommunale Arbeitskreis Filder (KAF) hat die bisherigen Überlegungen für den Landschaftsraum Filder weiterentwickeln lassen. Nun sollen 4 Starterprojekte durchgeführt werden. Man geht von einer Kofinanzierung der Region aus; der verbleibende Anteil von 90 000 € wird auf die Filderkommunen aufgeteilt.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

mobil mit Bussen und Bahnen, zu Fuß oder mit dem Fahrrad

BürgerHH Ranking Nr. 34, 46, 48, 60, 100, Besseres Radwegenetz
 Nr. 59, 89, Förderung ÖPNV
 Nr. 88, Stäffele sanieren

Wir beantragen**Öffentlicher Verkehr**, BürgerHH Nr. 59, 89

1. Für die Busbevorrechtigung der Busse in den Außenbezirken werden eingestellt
530 000 €
2. Für barrierefreie Bushaltestellen in der Innenstadt werden eingestellt 300 000 €

Begründung: Mit diesen Maßnahmen sollen Busse schneller und pünktlicher, d.h. noch attraktiver werden.

Fußverkehr

1. Für einen Fußgängerüberweg über die B14 an der Ulrichstraße werden eingestellt
424 000 €
2. BürgerHH Nr. 88
 Ein Sonderprogramm "Kulturgut Stäffele" wird aufgelegt, mit Mitteln
 für Investitionen in 2012 und 2013 von 212 000 € / Jahr
 für Unterhalt in 2012 und 2013 von 100 000 € / Jahr
3. Damit die Fuß- und Radwegverbindung über die S-Bahn bei Dürrolewang nicht weiter unterbrochen bleibt, sind für den dortigen Holzsteg bereit zu stellen 265 000 €.
4. Ein Sonderprogramm "Kinder kommen sicher über die Straße" wird aufgelegt. Es geht dabei um Mittel für kleinere Maßnahmen wie Gehwegnasen, Querungshilfen, Rückbau überbreiter Straßeneinmündungen. Das Programm wird ausgestattet mit
300 000 € / Jahr

5. Es wird eine Stelle geschaffen für einen Verkehrsplaner, der die Belange eines kinderfreundlichen, fußgängerfreundlichen Verkehrs vorantreibt.
6. Zur 1. Lesung berichtet die Verwaltung, welche Mittel für eine Fußgängerzone Leonhardstraße ab Ecke Jakobstraße benötigt werden (unser Antrag 319/2011).

Begründung: In Stuttgart werden 27% aller Wege zu Fuß zurück gelegt, in Teilbereichen der Innenstadt und der Ortszentren liegt dieser Wert zum Teil sogar bei 80% und mehr. Dies soll so bleiben.

Eltern lassen ihre Kinder immer weniger zu Fuß gehen, aus Angst vor dem Straßenverkehr. Für die Entwicklung von Kindern ist es aber notwendig, dass sie alleine zum Sportplatz, zur Musikschule, zum Spielplatz gehen können. Dies heißt vor allem, dass sie Straßen gefahrlos überqueren können müssen, und hier ist noch vieles zu tun.

Radverkehr BürgerHH Nr. 34, 46, 48, 60, 100

- | | |
|--|------------------|
| 1. Die Radverkehrspauschale wird erhöht um | 200 000 € / Jahr |
| 2. Für das Projekt Rad und Schule werden eingestellt | 200 000 € / Jahr |
| 3. Für den Radweg Waiblinger Straße / Nürnberger Straße und Straßenumgestaltung werden eingestellt | 1,590 Mio € |
| 4. Für den Radweg Neckartalstraße von Wilhelmsbrücke bis Müllverbrennungsanlage werden eingestellt | 954 000 € |

Mobilitätsmanagement BürgerHH Nr. 59, 89

Bis zu 1. Lesung beantwortet die Verwaltung unseren Antrag 353/2011.

Begründung: Eine **aktive** Mobilitätsberatung für Neubürger (ohne Studenten) hat sich in anderen Städten als sehr wirksame Maßnahme erwiesen, dass mehr Menschen den öffentlichen Verkehr nützen.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Stadtverträglicher Straßenverkehr

BürgerHH Ranking Nr. 47, Kreisverkehre statt Ampeln

Wir beantragen

1. Für Vorplanung / verkehrstechn. Untersuchungen zur Umgestaltung der B14 entsprechend dem DASL-Konzept bzw. dem Konzept des Stadtplanungsamts werden
eingestellt 140 000 €
2. Entsprechend unserem Antrag 154/2010 werden für Begleitmaßnahmen zum
Rosensteintunnel eingestellt
 - Für kurzfristige Maßnahmen entsprechend der rosa Liste 1 358 000 €
und zwar für
Anschluss Werderstraße an die B14 (S-Ost)
Kreuzung Haldenrain-/Schozacher Straße (Rot)
Kreuzung Schwieberdinger-/Marconistraße (Zuffenhausen)
 - Es werden Mittel eingestellt für die weitere kurzfristige Maßnahme
Überwachungsanlage an der Kreuzung Uferstraße / Talstraße für
Linksabbieger bei Ampelrot, die aus Richtung Esslingen kommen.
Die Maßnahme finanziert sich selbst.
 - für die weiteren Begleitmaßnahmen zum Rosensteintunnel werden in die
mittelfristige Finanzplanung eingestellt 5 700 000 €
3. BürgerHH Nr. 47
Für die folgenden Kreisverkehre werden Mittel eingestellt
 - KV Seeblickweg / Benzenäckerstraße -
Neugereut, insgesamt 824 000 €, in 2012/2013 602 000 €
 - KV Solitude-/Engelbergstraße -
Weilimdorf, insgesamt 633 000 €, in 2012/2013 570 000 €
 - KV Otto-Hirsch-Brücke/Göppinger Straße -
Obertürkheim, insgesamt 422 000 €, in 2012/2013 359 000 €
 - KV Mönchfeldstraße / Aldinger Straße, Planungsmittel 40 000 €

4. Für die Erweiterung des Parkraummanagements, Gesamtkonzept Innenstadtbezirke, werden eingestellt 200 000 €

Zur 1. Lesung legt die Verwaltung - entsprechend unserem Antrag 366/2011 - die Kosten und Einnahmen für eine gewisse Ausweitung des Parkraummanagements dar.

5. Für die Erhaltung von Straßen und Gehwegen werden zusätzlich zur bestehenden Pauschale eingestellt
- | | |
|-------------------|--------------------|
| für Investitionen | 2 120 000 € / Jahr |
| für Unterhalt | 1 000 000 € / Jahr |

6. Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung.

Wir weisen darauf hin, dass das folgende Maßnahmenpaket **kostendeckend** ist, also **keine** zusätzlichen Ausgaben dadurch auf die Stadt zukommen.

- für stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen (ggf. kombiniert mit Rotlichtüberwachung) werden im DHH für Investitionen eingestellt 960 000 €

Entsprechend dem Bericht der Verwaltung im UTA am 11.10.2011 geht es um die folgenden Standorte

- Heilbronner Straße zwischen Wolframstraße und Pragsattel
- B14, Schattenring, Abfahrt Richtung Stadtmitte
- Kreuzungsbereich Cannstatter / Villastraße
- Kreuzungsbereich Cannstatter / Heilmannstraße
- Kreuzung Hauptstätter / Filder- / Böheimstraße

- für mobile kombinierte Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachung werden im Doppelhaushalt eingestellt für Investitionen 160 000 €

- Die damit verbundenen zusätzlichen Personalstellen für Verkehrsüberwachung, für die Bußgeldstelle und für die Personalstelle des Amts für öffentliche Ordnung sind zu schaffen (siehe auch Antrag Stellenplan Amt für öffentliche Ordnung).

- Außerdem werden die weiteren notwendigen Stellen für die Auswertung und Ahndung der Geschwindigkeitsverstöße in der Cannstatter Straße geschaffen (siehe auch Antrag Stellenplan Amt für öffentliche Ordnung)

- Bis zur 1. Lesung berichtet die Verwaltung, in wie weit weitere zwingend notwendige Kosten (Büros, Ausstattung) anfallen.

7. Es werden 6 Stellen geschaffen zur Parkraumüberwachung in der Innenstadt und 6 Stellen zur Parkraumüberwachung in den Außenbezirken.

Diese Maßnahme ist **kostendeckend**.

Zum Vergleich: Für die Parkraumüberwachung im Westen werden 17 Mitarbeiter im Außendienst, und 7 Mitarbeiter im Innendienst benötigt.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Haushaltsantrag vom 18.10.2011

Nr. 520/2011

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013 Taubenplage eindämmen

BürgerHH Ranking Nr. 56, Stärkere Reduzierung der Taubenpopulation

Wir beantragen,

im Haushaltsplan für den Bau von mindestens fünf Taubentürmen bzw. Taubenschlägen 150.000 € für den Bau und 40.000 € für die Betriebskosten p.a. einzustellen und beim Amt für öffentliche Ordnung die Stelle eines/einer Taubenkümmerers einzurichten, bei der die Standortsuche, die Betreuung der ehrenamtlichen Unterstützer und weitere Maßnahmen zur Eindämmung der Taubenplage koordiniert werden.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Haushaltsantrag vom 18.10.2011

Nr. 521/2011

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Beim Ausbau der Kinderbetreuung pädagogische und soziale Kriterien beachten.

BürgerHH Ranking Nr. 104

Für den Ausbau der Kindertagesbetreuung...

...hat die SPD-Gemeinderatsfraktion in einem gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU beantragt, in den Jahren 2012 bis 2015 jeweils 25,5 Mio. Euro sowie die notwendigen Betriebskosten (2012/13: 20 Mio. Euro) im Rahmen eines Vier-Jahres-Programms bereitzustellen.

Dieser Ausbau muss pädagogischen und sozialen Kriterien folgen.

Deshalb wird ergänzend beantragt:

1. Die Umsetzung des Ausbaus richtet sich nach dem Bedarf. Kriterien dafür sind neben der Versorgungsquote in den jeweiligen Stadtbezirken auch der Sozialdatenatlas und der Anteil an Bonuscard-Empfängern.
2. Der Gemeinderat wird stärker als in der Vergangenheit über den Stand und etwaige Probleme in der Umsetzung informiert; etwa durch häufigere Berichterstattung oder gegebenenfalls durch Einsetzung eines Unterausschusses.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Andreas Reißig

Manfred Kanzleiter

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Kita-Plätze schaffen – Kirchen gleichbehandeln

BürgerHH Ranking Nr. 16, 104

1. Die evangelische und die katholische Kirche werden künftig bei der Förderung von Kindertageseinrichtungen analog zu anderen Trägern gleichbehandelt. Dies bedeutet eine Erhöhung der Bezuschussung **von 85 auf 90 Prozent**.
2. Die Verwaltung stellt bis zur Ersten Lesung dar welcher Finanzbedarf sich daraus ergibt.
3. Laut Angaben der Kirchen, können unter Bedingung der erhöhten Förderung zahlreiche zusätzliche Kita-Plätze bereitgestellt werden. Es wird verifiziert, wie viele Plätze dies wären und welche weiteren Kosten dafür entstehen.

Begründung:

Gerade die beiden Kirchen als die größten Freien Träger von Kindertagesstätten in Stuttgart haben durch die Kostensteigerungen in den letzten Jahren inzwischen substanzielle Engpässe zu verzeichnen. Sie sind kaum mehr in der Lage, den notwendigen Ausbau von Betreuungsplätzen auf der bisherigen Zuschussbasis zu schultern. Daher ist eine Gleichbehandlung bei der Bezuschussung angezeigt (siehe auch GRDRs. 765/2011).

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Andreas Reißig

Manfred Kanzleiter

Haushaltsantrag vom 18.10.2011	Nr. 523/2011
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/2013
Sprachförderung: Schlüssel zur Integration
BürgerHH Ranking Nr. 104

Für die Sprachförderung in Kindertagesstätten werden jährlich insgesamt **476 000 Euro** zur Verfügung gestellt (vgl. GRDRs 662/2011).

Begründung:

Spracherwerb ist der Schlüssel für Integration in das gesellschaftliche Leben und der Grundstein für den späteren Erfolg in Bildung und Beruf. Wir wollen deshalb das Sprachförderkonzept bedarfsgerecht erweitern, um allen Kindern in Stuttgart Chancen für eine erfolgreiche Bildungsbiographie zu eröffnen.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Andreas Reißig

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Stadtteil- und Familienzentren ausweiten

Wir beantragen:

1. Für Stadtteil- und Familienzentren in Stuttgart sind jährlich zusätzlich **377 500 Euro** zur Verfügung zu stellen (vgl. GRDRs. 425/2011).
2. Die Verwaltung berichtet vor der zweiten Lesung, wie sie eine positive und nachhaltige Quartiersentwicklung im Baur-Areal in Stuttgart Berg fördern wird. Bereits im März dieses Jahres wurde im SGA (GRDRs. 198/2011) von der Planung einer Bestandsaufnahme sowie einem sich anschließenden Entwicklungsplan mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen berichtet.

Begründung:

Stadtteil- und Familienzentren haben eine wichtige Begegnungs- und Beratungsfunktion in unseren Stadtteilen. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass bisher ehrenamtlich betriebene Zentren das Aufgabenspektrum entweder nicht mehr bewältigen oder ihr Angebotsspektrum ausbauen können. Wir wollen die gute Arbeit im Familien- und Stadtteilzentrum Nord, im Familienzentrum Untertürkheim, im Eltern-Kind-Treff MüZe in Vaihingen, im FiZ in Wangen, im EKIZ im Westen, im Familien- und Nachbarschaftszentrum Botnang-Nord und im Treffpunkt Pfaffenäcker auf sichere Füße stellen und – wo möglich – ausweiten.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Andreas Reißig

Judith Vowinkel

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Spielplätze sind auch Zeichen einer kinderfreundlichen Stadt

Wir beantragen:

1. Die in der Roten Liste enthaltenen Spielplätze werden durch die zusätzliche Einstellung der dafür notwendigen Finanzmittel von insgesamt **1.832 Mio. € im Haushalt 2012/2013** umgesetzt.
2. Die Fachverwaltung berichtet in 1. Lesung, welche zusätzlichen Mittel als Budget notwendig sind um kurzfristig temporäre Spiel- und Bewegungsmaßnahmen auf brachliegenden Flächen zu verwirklichen. Welche aktuellen Fälle liegen dazu vor?
3. Vor einigen Jahren waren überdachte Winterspielplätze bzw. Spielmöglichkeiten in Hallen ein Thema. Keines der wenigen Projekte konnte jedoch verwirklicht werden. Uns interessiert, ob an dem Thema überhaupt noch weiter gearbeitet und wie der Bedarf gesehen wird. Wir beantragen einen entsprechenden Bericht.

Begründung:

Der Bedarf in unserer Stadt zusätzliche Spielflächen zu schaffen, Bestehende nutzungsgerecht umzubauen und zu erneuern ist groß. Alle auf der roten Liste stehenden, auf die einzelnen Stadtbezirke verteilten, Spielplätze müssen deshalb in diesem Haushalt zusätzlich zur Umsetzung kommen.

In den dicht bebauten Stadtbezirken gibt es oft nur wenige Möglichkeiten, neue zusammenhängende Flächen für das Spielen zu widmen. Brachen wenigstens temporär dafür zu nutzen, ist eine Hilfe, dem Bewegungsdrang von Kindern rasch nachzukommen. Wenn allerdings trotz bürgerschaftlichen Engagements daran mitzuarbeiten, selbst kleine Summen zur Zugangssicherung der Fläche fehlen, bleibt diese Spielidee eine schöne Theorie.

Überhaupt nicht mehr angesprochen wurde in den vergangenen Jahren die Idee überdachter Spielmöglichkeiten in dicht bebauten Gebieten für die Winterzeit anzubieten. Ein schon konkretes Vorhaben im Stuttgarter Süden konnte nicht umgesetzt werden, wäre aber in diesem Stadtbezirk ein wichtiges Angebot gewesen.

Dr. Roswitha Blind
FraktionsvorsitzendeHans H. Pfeifer
Stv. FraktionsvorsitzenderMonika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Ariane Zürn

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Weitere Schulbauten, Schulaußenanlagen, Planungsmittel

BürgerHH Ranking Nr. 104

Wir beantragen:**I. Aus dem Bereich der neuen Vorhaben werden in den Haushalt aufgenommen:**

	2012	2013
1. Ersatz und Erweiterungsbau für die Schule für Körperbehinderte	939.000.-- €	7.8 Mio. €
2. Mensabau Wilhelmsgymnasium Degerloch	350.000.-- €	1.0 Mio. €
3. Robert Koch Realschule, Klassenräume Interim	264.000.-- €	54.000.-- €
4. TVH Römerkastell, Bad Cannstatt	540.000.-- €	1.575 Mio. €
5. Friedrich Eugens-Gymnasium West einschl. Park.rücklage	1.541 Mio. €	3.694 Mio. €
6. IT-Schule, 2. Aufbaustufe (siehe gesondertem Antrag)	2.292 Mio. €	
7. Uhlandschule, Zuffenhausen	1.0 Mio. €	5.700 Mio. €
8. Johannes Gutenberg Schule, Bad Cannstatt	3.5 Mio. €	8.100 Mio. €

II. Für Schulaußenanlagen:

1. werden im Doppelhaushalt 2012/2013 insgesamt 2.5 Mio. € eingestellt.
2. Die Verwaltung priorisiert diese Mittel nach Ganztageschulen, Lage der Schule in dicht besiedeltem Bereich usw.

III. Bereitstellung von Planungsmitteln:

1. An Planungsmitteln werden in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 je 2,5 Mio. € bereitgestellt.
2. Auch unter Beachtung der Schulentwicklungsplanung priorisiert die Verwaltung diese

Mittel und legt eine entsprechende Liste dem Gemeinderat vor.

Begründung:

Auch hier zeigt sich der erhebliche Nachholbedarf, der uns noch viele Jahre beschäftigen wird und bei dem es auch deshalb ohne nachvollziehbare Priorisierung nicht gehen wird. So schön es wäre, aber alles auf einmal wird nicht zu schaffen sein.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Manfred Kanzleiter

Haushaltsantrag vom 18.10.2011

Nr. 527/2011

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Neukonzeption Betreuung Grundschulkindern verwirklichen

BürgerHH Ranking Nr. 20, 37, 95, 104

Wir beantragen:

Die Neukonzeption der Betreuung von Grundschulkindern (GR Drs. 199/2011) **wird bis 2016 verwirklicht.**

Die Verwaltung legt bis zur 1. Lesung dar, wie sich dafür der finanzielle Bedarf für Investitionen und Betriebskosten auf die einzelnen Haushaltsjahre verteilt.

Begründung:

Die in der Gemeinderatsdrucksache 199/2011 formulierte Zielsetzung, die Grundschulen zu Ganztagesesschulen auszubauen entspricht einer seit Jahren verfolgten Zielsetzung der SPD-Fraktion. Von den 72 Stuttgarter Grundschulen sind inzwischen 17 zu Ganztagesesschulen umgebaut, bzw. auf dem Weg dahin. Dagegen steht bei 55 Schulen die Umgestaltung noch aus.

Dass der Umbau der Grundschulen erhebliche Mittel verlangt, ist klar. Deshalb wird auch die Verwirklichung der Ziele nicht in einer Haushaltsperiode möglich sein.

In der "roten Liste" wird dargestellt, dass für die notwendigen Investitionen (einschließlich der 7. Tranche) im Zeitraum **bis 2016 insgesamt 91,58 Mio. €** benötigt werden. In den Jahren 2012 und 2013 besteht folgender Finanzmittelbedarf:

2012 12,94 Mio. €

2013 21,29 Mio. €

Dazu kommen die notwendigen Betriebskosten. In den vorhandenen Unterlagen werden diese für die Jahre **2012/2013 mit 32,5 Mio. €** beziffert. Da die Betriebskosten jeweils erst nach Fertigstellung des Umbaus der jeweiligen Schule anfallen besteht insbesondere im Blick auf die Betriebskosten ein weiterer Aufklärungsbedarf (wieviel, zu welchem Zeitpunkt?). Deshalb erwarten wir ein zwischen den Referaten abgestimmtes Finanzierungskonzept, das dann der Beschlussfassung zugrunde gelegt wird.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter

Marita Gröger

Andreas Reißig

Haushaltsantrag vom 18.10.2011	Nr. 528/2011
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/2013
Schulsozialarbeit: Siegeszug fortsetzen
BürgerHH Ranking Nr. 11, 90, 104

Wir beantragen:

Im Rahmen des Stufenplans zum Ausbau der Sozialarbeit an (Werk)Real-, Förder- und Grundschulen werden im Doppelhaushalt 2012/13 insgesamt **800 000 Euro** bereitgestellt (vgl. GRDRs 439/2011).

Begründung:

Schulsozialarbeit ist *das* sozial- und schulpolitische Erfolgsmodell. Es ist daher nur konsequent, dieses bedarfsgerecht und gezielt auf die Stuttgarter Schullandschaft auszuweiten.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Andreas Reißig

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Unsere Schulen - die technische Ausstattung auf dem notwendigen Stand bringen

BürgerHH Ranking Nr. 92, 104

Wir beantragen:

1. Für die dringend notwendige fachliche Ausstattung der IT-Schule werden entsprechend der GRDRs. 421/2011 insgesamt 2,292 Mio. € in den Haushalt eingestellt.
2. Zum dringend notwendigen weiteren Ausbau von NWT-Räumen stellt die Verwaltung in 1. Lesung dar, wie viele Mittel auf die einzelnen Jahre verteilt notwendig sind, um bis zum Ende des Schulsanierungsprogramms im Jahr 2016 die von der jeweiligen Schülerzahl notwendigen Räume je Schule zur Verfügung zu haben.
3. Entsprechend des Vorschlages in der GRDRs. 418/2011 werden in den Haushalt die Mittel für Investitionen und Betreuung fortlaufend eingestellt, die notwendig sind um bis zum Jahr 2017 den Landesdurchschnitt Schüler:PC erreicht zu haben. Das bedeutet Investitionskosten 2012 und 2013 von je 614.120.-- €, Erhöhung des Budgets Netzwerkbetreuung 2012 um 27.070.-- € und 2013 um 54.140.-- €.
4. Die Verwaltung stellt in 1. Lesung dar, wie viele Mittel noch eingestellt werden müssen, um an den 11 Schulen ohne Infrastruktur diese rechtzeitig bereit zu stellen, damit die angekündigte Lehrplanveränderung in den Grundschulen ohne Verzögerung in diesem Bereich umgesetzt werden kann. Die in der Vorlage genannten 113.000.-- € sind mit einem Widerspruch versehen.
5. In der Vorlage 420/2011 wird auf den laufenden Mittelbedarf von 60.000.-- € p.A. für die Ausstattung mit neuen interaktiven Präsentationsmöglichkeiten in den Fach- und Klassenräumen verwiesen. Die dazu angekündigte Mitteilungsvorlage liegt uns jedoch nicht vor. Die Verwaltung berichtet dazu in 1. Lesung und informiert darüber, an welchen Schulen so genannte Active boards eingesetzt sind und wie die Erfahrungen damit sind.
6. Der von der Fachverwaltung angemeldete Erhebungsbedarf bei den Budgets für Ersatzbeschaffungen und Reparaturen in Schulküchen von 68.000.-- € wird in voller Höhe anerkannt. Dies gilt entsprechend auch für das Budget von Verbrauchsmaterialien von zusätzlich 50.000.-- €. In beiden Fällen hat die Finanzverwaltung ausweislich der Vorlage 420/2011 lediglich 50% anerkannt, was den tatsächlichen Bedarf nicht deckt.

Dr. Roswitha Blind
FraktionsvorsitzendeHans H. Pfeifer
Stv. FraktionsvorsitzenderMonika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Manfred Kanzleiter

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Schulen bedarfsgerecht ausstatten und Entwicklung ermöglichen

BürgerHH Ranking Nr. 92, 104

Wir beantragen:

1. Zur Erhöhung der Staffelsätze beim pädagogischen Mittagessen werden jährlich 50.000.-- € zusätzlich in den Haushalt eingestellt. (GRDrs. 409/2011).
2. Wir brauchen ein Konzept zur interimweisen Essensversorgung von Kindern mit Bonuscard an Schulen ohne Cafeteria. Hierzu verweisen wir auf unseren Haushaltsantrag „Maßnahmen gegen (Kinder)Armut“.
3. Die Verwaltung berichtet spätestens zur 2. Lesung über den aktuellen Wartelistenstand bei der Nachmittagsbetreuung an Sonderschulen (GRDrs. 427/2011). An welchen Schulen müssen bereits für den Haushalt 2012/2013 zusätzliche Mittel eingesetzt werden?
4. Für den Bereich der pflegerischen Kräfte an Sonderschulen sind aus mehreren Gründen weitere Pflegekräfte einzustellen. Wir halten den Schlüssel 80:20 im Verhältnis von angestellten Fachkräften und Hilfskräften für richtig und beantragen diesen.
5. Zur guten Versorgung von Schülern mit Handicap gehört auch eine gute Schülerbeförderung. Aus den Überlegungen der jüngst vorgelegten GRDrs. 299/2011 beantragen wir die Umsetzung der Kombinationslösung 4 (Schulen und Sonderschulkindergärten gemeinsam) mit einem zusätzlichen Finanzbedarf von jährlich 275.000.-- € sowie durch Satzungsänderung die Aufnahme der Schülerinnen und Schüler mit einer Ausbildungsförderung nach BaföG oder SGB III. Dies entspricht einer zusätzlichen Bereitstellung von 150.000.-- € jährlich.
6. Wir begrüßen es, wenn Schulen die Gestaltungsmöglichkeiten neuer Schulkonzepte der Landesregierung auch in der LHS nutzen. Für diese schulinternen Diskussionen braucht es jedoch Begleitung und Hospitationsmöglichkeiten bei Modellschulen anderswo. Das kann nicht zum Nulltarif oder aus der Privatkasse der Lehrerinnen und Lehrer übernommen werden. Die Verwaltung macht Vorschläge, wie die fachliche Begleitung bei der Entwicklung pädagogischer Programme unterstützt werden kann und ob auf bestehende Fonds zurückgegriffen werden kann. Aus einer erfolgreichen Modellschule kennen wir den Einstiegsbetrag von ca. 25.000.-- € im ersten Jahr, der sich in den Folgejahren dann erheblich verringert hat.

Begründung:

Dass wir uns in Stuttgart endlich auf den Weg gemacht haben, unsere Schulen angemessen zu sanieren und auszustatten, ist der richtige Weg. Allerdings gehören zu einem guten Schulangebot mehr als ordentliche Gebäude mit ordentlicher Ausstattung. Das gilt besonders für die Kinder die von ihrer Lebenslage her ein Mehr an Fürsorge und Unterstützung brauchen.

Endlich ist auch Schulentwicklung von unten möglich. Diesen Weg sollten wir unterstützen und die Schulen bei der Entwicklung neuer passgenauer Konzepte unterstützen. Von den bereits erfolgreichen Modellschulen wissen wir, dass dafür jeweils auch eine Anfangsunterstützung der Kommune erfolgte um den aufbruchwilligen Schulen den Blick über den Tellerrand zu ermöglichen.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Manfred Kanzleiter

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Maßnahmen gegen (Kinder)Armut - wir sind noch nicht am Ziel !

Wir beantragen:

1. Die Fachverwaltung bereitet für das Jahr 2012 eine weitere Strategiekonferenz zum Thema (Kinder-)Armut vor, zu der - wie bereits 2008 geschehen - breit eingeladen wird. Auf dieser Konferenz findet eine Bewertung der mit dem "Stuttgarter Netz für Kinder" geschaffenen Unterstützungsangebote und der Umsetzung des Teilhabepaketes des Bundes statt und es werden weitere Vorschläge für noch ausstehende Unterstützungsbausteine erarbeitet. Aus unserer Sicht ist dies notwendig für mehr Einzelfallhilfe z.B. durch die Etablierung von Lerninseln an Schulen mit hohem Bonuscard-Anteil (siehe Antwort zum Antrag 230/2011), für den Bereich kultureller Angebote und für gezielte Bewegungsangebote sowie für Angebote zur Gesundheitsförderung insgesamt. Die für die Konferenzdurchführung notwendigen Finanzmittel werden in 1. Lesung dargestellt und in den Haushalt eingestellt.
2. Da die Versorgung mit dem so genannten 1 Euro Essen ausgerechnet an Schulen mit hohem Bonuscard-Anteil mangels vorhandener Cafeterien oft noch scheitert, stellt die Verwaltung spätestens zur 2. Lesung dar, wie dies mit Übergangslösungen schneller gesichert werden kann und welche durchschnittlichen Kosten dafür in den Haushalt eingestellt werden müssen. Der Gemeinderat erhält zur Beratung eine aktuelle Aufstellung der Bonuscard-Anteile je Schule.
3. Eine neue Altersarmut ist im Kommen und leider in einigen Wohnlagen unserer Stadt auch schon sichtbar. Die Verwaltung stellt in 1. Lesung dar, wie sie dieses Thema rechtzeitig und unter Einbeziehung der vorhandenen Dienste und engagierter Bürgerschaft angehen will und welche Unterstützung dafür notwendig ist.

Begründung:

Der Kinderarmut mit unterschiedlichen Maßnahmen zu begegnen war vor einigen Jahren großes Haushaltsthema in unserer Stadt. Wir können stolz darauf sein, dass wir bereits vor einem Teilhabepaket des Bundes mit den Freiwilligenleistungen des "Stuttgarter Netzes für Kinder" wichtige Hilfen etabliert haben und diese in Konsolidierungszeiten auch nicht in Frage gestellt haben. Zu diesem Erfolg hat aus unserer Sicht auch beigetragen, dass es mit der damaligen Strategiekonferenz Armut eine breite Diskussion mit den Fachleuten und der

Bürgerschaft gab, die viele wichtige Anregungen zur Umsetzung beigetragen haben.

Das Thema der Teilhabechancen von Kindern aus Haushalten mit knappem Geld wird und muss uns weiter beschäftigen. Wir halten deshalb eine weitere Fachkonferenz für wichtig. Aber auch Sofortmaßnahmen sind angezeigt. Es kann nicht sein, dass wir ausgerechnet in Bereichen mit hohem Bedarf, aber fehlender Infrastruktur an der Schule, das im Teilhabepaket verankerte Essen nicht ausgeben. Hier sind Interimslösungen zwingend notwendig und dass dies möglich ist, zeigt die übergangsweise Nutzung benachbarter Kantinen oder – wie in Untertürkheim geschehen – einer Begegnungsstätte für Ältere. Im Rahmen der Diskussion zur Schulentwicklungsplanung sind mittlerweile auch weitere Lösungen vorgeschlagen, über die der betroffenen Kinder wegen rasch verhandelt werden muss.

Das wir uns auf eine neue Altersarmut zu bewegen ist mittlerweile unbestritten. Hier müssen rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden, damit die betroffenen Menschen wirksame Unterstützung finden.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Dr. Maria Hackl

Ariane Zürn

Manfred Kanzleiter

Haushaltsantrag vom 18.10.2011

Nr. 532/2011

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Sanierungsstau auflösen – auch in den Jugendfreizeitstätten

BürgerHH Ranking Nr. 2, Jugendfarm Zuffenhausen, Nr. 36 Waldheim
Degerloch

Für die Sanierung folgender Jugendfreizeitstätten sind in den Doppelhaushalt 2012/13 einzustellen:

Jugendhaus Vaihingen **657 057 Euro**
Jugendhaus Zuffenhausen **902 226 Euro**

Waldheim Degerloch **325 000 Euro**
Waldheim Altenberg **90 000 Euro**

Jugendfarm Zuffenhausen **459 000 Euro**

Dem Aktivspielplatz Raitelsberg wurde durch Brandstiftung schwer geschadet. In einem überfraktionellen Antrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen wurde eine diesbezügliche Hilfestellung durch die Stadt angefragt. Die Verwaltung berichtet zur ersten Lesung, wie der Aktivspielplatz Raitelsberg beim Wiederaufbau unterstützt werden kann.

Begründung:

Auch bei den Jugendfreizeitstätten in Stuttgart herrscht ein Sanierungs- und Modernisierungsstau, der immer kostspieliger wird, je länger man ihn vor sich herschiebt. Daher bleibt es unsere Politik, diesen Stau konsequent Schritt für Schritt abzubauen.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Andreas Reißig

Ariane Zürn

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Selbstverwaltende Jugendzentren sichern

Wir beantragen:

1. Für das Jugendzentrum Rohracker sind jährlich **12 000 Euro** in den Doppelhaushalt 2012/13 einzustellen (vgl. GRDRs. 652/2011).
2. Zur Sicherung des Weiterbetriebs des Café 13 in Weilimdorf werden Fördermittel von **20 000 Euro** im Doppelhaushalt beantragt.

Begründung:

In Rohracker besteht außer dem Jugendzentrum kein Angebot an Jugendsozialarbeit. Nachdem sich die evangelische Kirche im letzten Jahr aus der Finanzierung zurückgezogen hat, ist die Existenz dieses Zentrums zu sichern.

Das Cafe 13 in Weilimdorf wurde vor Jahren auf Initiative des Jugendrates Weilimdorf und mit viel bürgerschaftlichem Engagement gegründet, eingerichtet und bewirtschaftet. Es ist ein aus Eigeninitiative erstandener Jugendtreffpunkt, der selbst verwaltet wird. Hier finden offene Treffs, Veranstaltungen, Schulungen, Kinoabende und Discos statt. Auch Stadtteilgruppen nutzen die Räumlichkeiten. Zur Unterhaltung der Räumlichkeiten bedarf es kontinuierlicher Fördermittel. Bisher wurden Mittel u.a. durch Spenden und anderen Zuschüssen akquiriert. Diese Töpfe sind ausgeschöpft. Die Jugendlichen leisten den Alltagsbestand und die Unterhaltung des Cafe 13. Jährlich fürchten sie um das "Aus" dieser Einrichtung und brauchen einen kontinuierlichen Grundstock für ihre Betriebskosten, um die Idee erhalten und weiterentwickeln zu können.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Andreas Reißig

Judith Vowinkel

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Das städtische Klinikum in der Umbauphase nicht im Stich lassen

Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart unterstützt das Ölgäle mit jährlich 5 Mio. €.
2. Das Klinikum erhält neben Kreditermächtigungen einen städtischen Zuschuss für Neuinvestitionen (z.B. Großgeräte), um das erforderliche Investitionsvolumen zumindest anteilig umsetzen zu können. Nach unseren Informationen sind 15 Mio. € jährlich das Mindeste, was an städtischem Zuschuss geleistet werden sollte.
3. Bis zur 1. Lesung stellen Verwaltung und Klinikum dar, welcher finanzielle Bedarf zum Neubau sowie zur Sanierung der Personalwohnungen erforderlich ist.

Begründung:

Der Antrag muss in dieser unspezifischen Form gestellt werden, da zum Antragszeitpunkt noch kein Wirtschaftsplan des Klinikums vorliegt. Ungeachtet der Höhe der Zuschüsse, die in der Haushaltsplanberatung abschließend festzulegen ist, sind die Fakten bekannt, die einen jeweiligen Zuschussbedarf begründen:

1. Das Ölgäle weist nach wie vor infolge der nicht hinreichenden Kinderfallpauschalen ein strukturelles Defizit auf. Weitere strukturelle Defizite können erst behoben werden, wenn der Umzug in den Neubau Kinderklinik/Frauenklinik abgeschlossen sein wird. Bis dahin ist es erforderlich, das Ölgäle als landes- und bundesweit renommierten Leuchtturm in der Kinderkliniklandschaft zu unterstützen.
2. In den letzten Jahren hat das Klinikum von der Stadt wiederholt zwar Kreditermächtigungen für Investitionen erhalten, doch diese senken die Eigenkapitalquote des Klinikums und setzen das Klinikum so unter einen wirtschaftlichen Refinanzierungsdruck, dass dieser sich auf die Situation der Mitarbeitenden und der Patienten negativ auswirken wird. Diese Spirale gilt es zu unterbrechen.

3. Mit dem Verkauf der Personalwohnungen hat sich die Wohnsituation für die Beschäftigten zugespitzt. Angesichts des Pflegekräftemangels sowie vor dem Hintergrund des Sanierungsbedarfs der vorhandenen Wohnungen muss rasch eine Verbesserung realisiert werden.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Dr. Maria Hackl

Manfred Kanzleiter

Judith Vowinkel

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013 Bezahlbaren Wohnraum schaffen
Bürgerhaushalt, Platz 117: Sozialmietwohnungen**Wir beantragen:**

- Beim Verkauf städtischer Wohnbaugrundstücke - auch wenn **kein** neues Baurecht geschaffen wird - gelten die SIM-Regelungen entsprechend. Die Verwaltung wird künftig in allen Gemeinderatsdrucksachen der Grundstücksverkäufe entweder 50 % geförderten Wohnungsbau vorschlagen oder erklären, warum dies an diesem Standort nicht möglich sein soll.
- Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus (Bürgerhaushalt, Platz 117)

2012: 150 WE	2,25 Mio Euro
2013: 150 WE	2,25 Mio Euro
- Förderung von Eigentumsmaßnahmen (Familienbauprogramm)

2012: 125 WE	2,0 Mio Euro
2013: 125 WE	2,0 Mio Euro
- Energiesparprogramm
s. Antrag " Zukunftsaufgabe Klima und Umwelt"
- Aufbau und Führung einer statistischen Gebäude- und Wohnungsdatei

2012: 5.795,00 Euro	
2013: 495,00 Euro	

Begründung:

Bei allen Bürgerumfragen werden die zu hohen Wohnkosten in Stuttgart benannt. Bezahlbarer Wohnraum - vor allem für junge Familien - ist nach wie vor knapp. Deshalb wundert es nicht, dass die Forderung nach mehr Sozialmietwohnungen im Bürgerhaushalt eine Nennung unter den ersten 120 Vorschlägen ist.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Marketing innerhalb und außerhalb der Stadt stärken

Wir beantragen:

1. Für das Stadtteilmanagement und die City-Initiative Stuttgart e.V. pro Jahr jeweils 100.000 € als Budget für operative Maßnahmen bzw. als Zuschuss vorzusehen.
2. Im Jahr 2013 sind für eine Beteiligung bei der MIPIM ebenfalls 80.000 € vorzusehen.

Begründung:

zu 1:

Das Stadtteilmanagement wird durch Gemeinderatsbeschluss weitergeführt. Um die Arbeit erfolgreich fortsetzen und Initiativen in Stadtteilen motivierend **und** finanziell unterstützen zu können, ist ein entsprechendes Handlungsbudget für das Stadtteilmanagement notwendig. Die CIS e.V. sorgt seit Jahren erfolgreich für entsprechende Zusatzfrequenz in der Stadt und die Einkaufsmöglichkeiten erreichten bei der jüngsten Bürgerbefragung wieder den höchsten Zufriedenheitswert. Diese Aktivitäten müssen weiter verstärkt und ausgebaut werden im Hinblick auf kommende zusätzliche Konkurrenzangebote, auch im Umland.

zu 2:

Es ist nicht nachvollziehbar, warum die MIPIM-Beteiligung - erst auf Initiative der SPD-Fraktion - für das Jahr 2012 aufgenommen, aber keine Mittel für das Jahr 2013 eingeplant sind. Die MIPIM ist eine der bedeutendsten Immobilienpräsentationen, bei der die Landeshauptstadt auch aus eigenem Interesse mit wichtigen Zukunftsprojekten präsent sein muss. Selbstverständlich ist eine entsprechende Beteiligung der Immobilienwirtschaft notwendig.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Haushaltsantrag vom 18.10.2011	Nr. 537/2011
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/2013 Weingut Stadt Stuttgart

Wir beantragen:

Die Verwaltung informiert spätestens zur 2. Lesung über die Fortgänge des Kooperationsvertrages Weingut Stadt Stuttgart - Weingärtner Bad Cannstatt. Außerdem unterbreitet Sie Vorschläge zur Verbesserung der Verkaufsstelle in der Sulzerrainstraße.

Begründung:

Ein gutes Signal für die Mitarbeiter und die Stadt selbst: Stuttgart bleibt die einzige Landeshauptstadt mit eigenem, kommunal geführten Weingut. Dies hat der entsprechende Unterausschuss noch vor der Sommerpause beschlossen. Eine Kooperation mit den angrenzenden Nachbarn "Weingärtner Bad Cannstatt" wird die Premium-Orientierung des städtischen Weingutes weiter stärken und gibt Raum für mögliche gemeinsame Planungen in der Zukunft. Aber auch für die Weingärtner lohnt es sich aufgrund einer verbesserten Auslastung des eigenen Betriebes.

Unabhängig von zukünftigen Planungen ist die Verkaufssituation in der Sulzerrainstraße attraktiver zu gestalten.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013 Kultur - Bewährtes erhalten, Neuem eine Chance geben
Bürgerhaushalt Ranking Nr. 69 Freie Szene**Wir beantragen:****2012****2013****Kulturamt - Stellen**für MupäDi, Musikschule (u.a. "Stark durch Musik"), Stadtarchiv,
Stadtmuseum/Stadtlabor, Planetarium - siehe Stellenplan**Kulturamt - Stadtbibliothek**

Medienaufbau (bis 2016)

250.000 €

250.000 €

Medienpflege, Erneuerungsquote 7 %

263.000 €

263.000 €

Kulturamt - Stadtarchiv

Die Verwaltung berichtet, ob der Archivierungs-Ausbau (PADUA) gesichert ist.

VolkshochschuleWir gehen davon aus, dass der im letzten Haushalt für 4 Jahre beschlossene
Sanierungszuschuss (140.000 €/anno) seine Gültigkeit hat.**Abendgymnasium**

Einmaliger Sachmittelanteil Stadt Stuttgart

220.000 €

80.000 €

Kultur für Alle e.V.

26.800 €

23.300 €

10.000 €

Literaturhaus Stuttgart

einmalige Renovierungsbezuschussung

200.000 €

186.771 €

Kinder- und Jugendbuchwochen

Erhöhung institutionelle Förderung

10.000 €

10.000 €

JugendKunstSchule

Erhöhung institutionelle Förderung

2.500 €

2.500 €

"Hotel Silber"Wir erwarten in den Haushaltsberatungen die Beantwortung des überfraktionellen Antrages
317/2011 sowie einen Bericht zum Stand der Umsetzung "Hotel Silber"**Weißenhofmuseum**

Erhöhung institutionelle Förderung auf 65.000 €/anno 28.150 € 28.150 €
 Wir setzen voraus, dass die für 2010/2011 überplanmäßige Förderung von 15.000/anno von der Verwaltung für diesen Haushalt eingestellt wurde.

Forum jüdischer Bildung und Kultur e.V.

Institutionelle Förderung 15.000 € 15.000 €

Schauspielbühnen in Stuttgart

Entschuldung und einmalige Investitionsförderung 150.000 € -,-
 Erhöhung institutionelle Förderung 130.000 € 130.000 €

Studio-Theater

Erhöhung der inst. Förderung 40.000 € 40.000 €

FITZ

Erhöhung der Zuwendung (Aufstockung Techn.St.) 35.000 € 35.000 €

Freie Tanz- und Theaterszene-teilchenbeschleuniger

Weiterfin. Aufstockung Innovationsfonds)
 Weiterfin. Koordination/Öffentlichkeitsarbeit,..) 180.000 € 180.000 €

Rosenau Kultur

Fortsetzung der Zuwendung für 2 Jahre 35.000 € 35.000 €

Musik der Jahrhunderte

Erhöhung der Förderung Festival 30.000 € 30.000 €

Open_Music

Institutionelle Förderung 30.000 € 30.000 €

Ensemble "ascolta"

Institutionelle Förderung 30.000 € 30.000 €

BIX

Erhöhung institutionelle Förderung 15.000 € 15.000 €

Jazzclub Kiste

Institutionelle Förderung 12.000 € 12.000 €

Popbüro

Weiterfin. der Erhöhung 14.000 € 14.000 €
 Wir bitten um Bericht, inwieweit die angesprochene Kooperation von Popbüro und MIR umgesetzt werden kann.

Stadtverband der Chöre, Musik- u. Karnevalsvereine

Die Verwaltung berichtet über die Situation der Instrumentenausstattung/-vergabe der Vereine.

Französische Woche

Förderung neu 10.000 € 10.000 €

Film- und Medienfestival

Erhöhung Gesellschafterbeitrag 39.510 € 39.510 €
 vorbehaltlich Zustimmung der anderen Gesellschafter

Dr. Roswitha Blind
 Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
 Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
 Stv. Fraktionsvorsitzende

Haushaltsantrag vom 18.10.2011	Nr. 539/2011
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/2013 Kultur - Carl-Zeiss-Planetarium Stuttgart

Wir beantragen:

Die Verwaltung entspricht noch vor der ersten Lesung dem Wunsch des Gemeinderates und berichtet über mögliche Standorte für das Carl-Zeiss-Planetarium.

Sie legt davon abhängige Investitionen in einem Zeit- und Finanzplan dar.

Begründung:

1975 bis 1977 nach den Plänen von Architekt Beck-Erlang erbaut, wurde das Planetarium am 22. April 1977 eröffnet. Dies war nur möglich aufgrund einer großzügigen Schenkung (technische Einrichtung) der Carl-Zeiss-Stiftung und zahlreichen Spenden von Stuttgarter Bürgerinnen und Bürgern sowie Firmen.

Der ungewöhnliche Stufenpyramidenbau sorgte für Bewunderung und Preise, das Planetarium galt als eines der modernsten in Europa. Dem ist auch heute noch Rechnung zu tragen.

Haben wir uns bereits im letzten Haushalt trotz schwieriger Finanzlage vehement für die Erneuerung mobiler Technik eingesetzt, ist uns heute wichtig, dass - veranlasst durch den Bahnhofsumbau - Standortentscheidungen wohl überlegt getroffen werden. Bei einer Standortverlagerung mit Neubau ist z.B. die architektonische Qualität ein absolutes Muss. Auf das Alleinstellungsmerkmal des Planetariums ist unbedingt zu achten. Bei Beibehaltung des alten Standortes sind weitere Investitionen in Technik und Ausstattung vonnöten, um die Spitzenposition zu halten. Vor allem aber sind Maßnahmen zu treffen, die dem Standort mitten in einer Großbaustelle eine Chance geben.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013 Kultur - Stadtmuseum

Wir beantragen

für den Umbau des Wilhelmispalais zum Stadtmuseum Stuttgart

Auszahlung im Rahmen der Stadterneuerung

11.880.000 Euro

(2012: 800.000 €, 2013: 2.600.000 €, 2014: 7.500.000, 2015: 980.000 €)

Mittel aus Vorjahren

3.000.000 Euro

Finanzbedarf (2015: 10.020.000 €, 2016: 6.800.000 €)

16.820.000 Euro

31.700.000 Euro

Maßgaben WA 15.7.2011, UTA 19.7.2011, VA 20.7.2011, eingeschlossen.

Begründung:

Es war ein langer Weg vom Auszug der stadtgeschichtlichen Sammlung im Jahr 1990 aus dem Tagblatt-Turm bis zur jetzigen Konkretisierung mit dem Ziel der Eröffnung im Wilhelmispalais 2016. Die Bürgerinnen und Bürger hatten es damals der Stadt ins Gästebuch geschrieben: Wie geht die Stadt mit ihrer Geschichte um! Wo bleibt ihr Selbstverständnis? Das war für die SPD-Gemeinderatsfraktion Verpflichtung und zugleich Aufforderung, den Weg zur Realisierung eines Stadtmuseums Stuttgart nicht zu verlassen, sondern immer wieder fest ins Auge zu fassen. Und der Bürgerwille formulierte sich weiterhin in Form der IG Stadtgeschichte, Veranstaltungen, Briefen sowie über 8000 Unterschriften. Dafür an dieser Stelle noch einmal unseren Dank an alle Ehrenamtlichen.

Heute erleben wir bereits, dass Stuttgart auch ein Museumsstandort für Stadtgeschichte sein kann. Mit viel Engagement wurden interimswise durch den Planungsstab Stadtmuseum unter Dr. Anja Dauschek Ausstellungen im Rathaus, in den Stadtteilen, Museumskoffer für die Schulen etc. realisiert.

Nach einem Grundsatzbeschluss in 2007, dem Vorprojektbeschluss des Gemeinderates im Juli d. J. und einem absehbaren Projektbeschluss wohl Mitte 2012 kann die IG Stadtgeschichte bald die Früchte ihres über 10jährigen bürgerschaftlichen Engagements ernten. Wir freuen uns mit ihnen.

Dr. Roswitha Blind
FraktionsvorsitzendeHans H. Pfeifer
Stv. FraktionsvorsitzenderMonika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Haushaltsantrag vom 18.10.2011

Nr. 541/2011

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013 Kultur - Kommunales Kino

BürgerHH Ranking Nr. 9

Wir beantragen

für Aufbau und Durchführung eines Kommunales Kino in Stuttgart durch den Verein "Neues Kommunales Kino Stuttgart"

2012: 280.000 Euro,

2013: 280.000 Euro.

Die zukünftigen Planungen und Durchführung werden von dem Kulturamt begleitet - auch bei der Suche nach einem (Interims-)Standort - und dem Gemeinderat regelmäßig präsentiert bzw. wird dieser eingebunden.

Begründung:

In einer Pressemitteilung der SPD-Gemeinderatsfraktion zur Auftaktveranstaltung der "5 Aktionen" im Sommer 2011 sprach die Kulturpolitische Sprecherin Monika Wüst "Das war geballte Lust auf ein Stuttgarter "Koki" und eine Steilvorlage für die Politik in den Haushaltsberatungen". Der Verein baut auf das von der Projektgruppe "Neues Kommunales Kino - wir sind das KoKi" im Mai 2010 präsentierte Konzept auf: Die vier herausgearbeiteten Leitlinien Film und Vermittlung, Film und Interkulturalität, Film und Kontext sowie Film und Innovation schaffen das richtige Profil. Wobei der SPD-Gemeinderatsfraktion das Thema Jugendbildung ein wichtiges ist. Darüber hinausgehende Pläne für ein späteres Haus für Film- und Medienkunst sind zu beraten.

Beeindruckt von der Geschlossenheit der Kulturschaffenden in diesem Bereich und dem Konzept möchten wir mit diesem Antrag einen dicken Stein aus dem Weg räumen zu einem Kommunalen Kino in Stuttgart. Wir werden ein konstruktiver Begleiter sein.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Haushaltsantrag vom 18.10.2011

Nr. 542/2011

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013 Kultur - Gauthier Dance
BürgerHH Ranking Nr. 4

Wir beantragen

für das Theaterhaus Stuttgart e.V. eine zweckgebundene Zuwendung für die hauseigene Tanzsparte "Gauthier Dance"

2012: 120.000 Euro 2013: 120.000 Euro.

sowie die Beschlussfassung der bereits mit GRDRs 556/2011 im VA am 20.7. d. J. verabschiedeten jährlichen 180.000 Euro.

Begründung:

Wir haben bewegte Zeiten hinter uns, was die Diskussion um die Förderung von Gauthier Dance anbelangt. Nun aber gibt es ein gutes Ende. Nicht nur, dass Gauthier Dance für seine sehr gute Arbeit ausgezeichnet wurde, sondern auch die Reaktion des Landes, eine jährliche Förderung von 100.000 Euro bereit zu stellen, setzt ein Zeichen. Und da die SPD-Gemeinderatsfraktion zu ihrem Wort steht, erhöhen wir die bereits im VA verabschiedeten 180.000 Euro/anno um 120.000 Euro.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Haushaltsantrag vom 18.10.2011	Nr. 543/2011
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/2013 Kultur - John Cranko-Schule

Wir beantragen:

Der Herr Oberbürgermeister unterbreitet spätestens zwischen erster und zweiter Lesung einen Finanzierungsvorschlag für den städtischen Anteil am Neubau der John Cranko-Schule.

Begründung:

Wir alle wissen nur zu gut, dass der derzeitige Standort der John Cranko Schule - ein ehemaliges Verlagsgebäude - ein Trauerspiel ist. Es kann dort räumlich nicht expandiert werden, und das Haus befindet sich, dezent gesagt, in einem sehr traurigen Zustand. Deshalb erfreut umso mehr der von Land und Stadt geplante Neubau auf dem Wasserwerkgelände in unmittelbarer Nähe zum Staatstheater. Der Architektenwettbewerb ist ausgelobt und wird im nächsten Monat entschieden. Wie geht es also weiter?

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Eigentum verpflichtet - Attraktivitätssteigerung unserer Bäder dauerhaft sichern

BürgerHH Ranking Nr. 1 Freibad Sillenbuch, Ranking Nr. 81 und 82

Mineralbad Berg

Die Besucherzahlen in unseren Bädern können nur erhöht werden, wenn die Bäder attraktiv sind und den neuesten Anforderungen entsprechen.

Wir beantragen:**I. Freibad Sillenbuch, Bürgerhaushalt Platz 1**

Das " Bädle" ist in die Jahre gekommen. Für die Sanierung werden

in 2012

2,1 Mio. €

eingestellt

Die baulichen Standards entsprechen seit langem nicht mehr den geltenden Richtlinien und Normen und müssen dringend erneuert werden. Ein Weiterbetrieb ist ohne umfassende Sanierung nicht möglich und nicht umsonst ist das Vorhaben im Bürgerhaushalt auf Platz eins gelandet.

II. Höhenfreibad Killesberg

Für die dringende Sanierung des Mehrzweckbeckens sind bereitstellen.

in 2013

2,94 Mio. €

III. Mineral Bad-Berg

Wie in unserem Antrag 225/2011 ausführlich dargestellt, bitten wir die Verwaltung, für die notwendige Sanierung die nötigen Planungsmittel zu benennen.

III. Sportbad NeckarPark

Für den Neubau als Ersatz für das Hallenbad Cannstatt und die Traglufthalle sind Planungsmittel für das Sportbad in 2012 100 T€ und in 2013 1 Mio. € bereitzustellen.

Mit unserem Antrag 294/2011 wird sichergestellt, dass wichtige Neuinvestitionen beim Schwimmsport in Stuttgart dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Wir bitten die Verwaltung, diese in einer neuen Machbarkeitsstudie zu berücksichtigen, so dass das neue Sportbad für Schwimmwettkämpfe geeignet ist.

Wie bei unseren Schulen ist auch bei unseren Bädern ein massiver Investitionsstau. Deshalb ist bis zur 1. Lesung von der Verwaltung ein Sanierungsplan vorzulegen.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Ergun Can

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Sport fördert die Integration nachhaltig

Wir beantragen:**I. Talentsuche/-förderung der Stuttgarter Sportverein/Organisationen**

Es werden jährlich 80.000 € zur Verfügung gestellt.

Begründung: Das Projekt "Talentsuche/-förderung" ist ein wichtiger Bestandteil der Nachwuchsleistungsförderung im Sport der Stadt Stuttgart.**II. German Open Championships im Tanzsport**

Es werden jährlich 75.000 € zur Verfügung gestellt.

Begründung: Die German Open Championships im Tanzsport ist die größte Tanzsportveranstaltung Europas im Amateurbereich.**III. Projekt Kitafit**

Es werden jährlich 30.000 € zur Verfügung gestellt.

Begründung: Durch dieses Projekt wird besonders Sport in Kitas unterstützt und dadurch die motorische Fähigkeiten von Kindern gefördert.**IV. Gemeinschaftserlebnis Sport**

Es werden jährlich zusätzlich 50.000 € zur Verfügung gestellt.

Begründung: Im Rahmen der Sportentwicklung Stuttgart wurde immer wieder der deutliche Hinweis gegeben, zusätzliche Angebote zu schaffen, damit weitere Kinder und Jugendliche angesprochen werden.**V. Sportfreianlagen**

- | | |
|---|-----------------------|
| 1. Degerloch-Waldau, SV Eintracht 1896, Umbau Tennenplatz in Kunststoffrasenplatz | 0,710 Mio. € für 2012 |
| 2. Degerloch, LAC Degerloch, Erneuerung der 400 m Kunststofflaufbahn | 0,780 Mio. € für 2013 |
| 3. Stammheim, TV Stammheim, Neubau Faustballspielfeld | 0,350 Mio. € für 2012 |

VI. Sanierungsprogramm Tennenplätze

- | | |
|---------------------------------|-----------------------|
| 1. Feuerbach, SportVG Feuerbach | 0,630 Mio. € für 2012 |
| 2. Münster, TSVgg Münster | 0,550 Mio. € für 2012 |

3. Vahingen , TSV Rohr
4. Obertürkheim, VfB Stuttgart Obertürkheim

0,510 Mio. € für 2013
0,610 Mio. € für 2013

VII. Gedeckte Sportanlagen, Sporthallen und Eissportanlagen

- | | |
|--|-----------------------|
| 1. Wangen, Flatow Sporthalle Wangen Sanierung Dach | 0,480 Mio. € für 2012 |
| 2. Degerloch, Planungsmittel Ballspielhalle, Sport- und Erholungsgebiet Waldau | 0,400 Mio. € für 2012 |

Desweiteren beantragen wir, dass Mittel für die Skaterhalle Bad Cannstatt bereitgestellt werden (siehe GR Drs. 726/2011). Ergänzend wird die Verwaltung beauftragt, für die Verwirklichung der Halle für diese neue Trendsportart beim Land Sportfördermittel zu beantragen.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Ergun Can

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Erfolgreiche Integration nachhaltig sichern

Nach 10 Jahren Bündnis für Integration muss die begonnene Integrationsarbeit nachhaltig fortgeführt werden.

Wir beantragen:**I. Sprachförderung**

Zur Fortsetzung der städtischen Sprachkursförderung (Mama lernt Deutsch) werden weiterhin Mittel zur Verfügung gestellt.

140.000 € / Jahr

II. Projektetat für S-IP

Um seine erfolgreiche Arbeit weiterführen und entwickeln zu können, ist eine Aufstockung notwendig.

Aufstockung der Mittel um

52.000 € / Jahr

III. Forum der Kulturen

Um seine erfolgreiche Arbeit weiterführen zu können, ist für Koordination der Elternbildung in Migrantenvereinen eine Aufstockung notwendig.

Aufstockung der Mittel um

35.000 € / Jahr

IV. Deutsch-Türkisches Forum Stuttgart e.V

Um seine erfolgreiche Arbeit weiterführen zu können ist für Koordination der Elternbildung eine Aufstockung notwendig

Aufstockung der Mittel um

45.000 € / Jahr

Wir gehen davon aus, dass Landes- und /oder Stiftungsmittel weiter fließen.

V. Projekt LISA

Die SPD Fraktion begrüßt außerordentlich, dass das Projekt Lisa zum Nachholen des deutschen Schulabschlusses (siehe auch GRDRs. 671/2011) fortgeführt und somit den Bildungserfolg von

jugen Migranten
verbessern wird.

VI. Demenz bei Menschen mit Migrationshintergrund

In der Memory Clinic des Bürgerhospitals wurde ein Schwerpunkt für Menschen mit Migration entwickelt, die an Demenz leiden. Bis zur 1. Lesung stellen Verwaltung und Klinikum dar, welcher finanzielle Handlungsbedarf für die Stadt und/oder für das Klinikum besteht, um dieses Angebot auszuweiten.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Ergun Can

Dr. Maria Hackl

Haushaltsantrag vom 18.10.2011	Nr. 547/2011
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/2013
Frühe Förderung von Familien = Prävention rundum

Für die Frühe Förderung von Familien sind im Doppelhaushalt 2012/13 jährlich **420 000 Euro** einzustellen (vgl. GR Drs. 435/2011).

Begründung:

Die Programme im Rahmen der Frühen Förderung von Familien dienen dazu, durch verbindliche Kooperationen zwischen Gesundheits- und Jugendhilfesystem frühzeitige Präventionsarbeit zu leisten. Dabei geht es um sowohl um Angebote für alle Familien, als auch für diejenigen mit besonderem Unterstützungsbedarf und für jene in besonders belasteten Lebenssituationen. Bestandteil der Frühen Förderung ist zum Beispiel der Ausbau des Kinderschutzes, der Einsatz von Familienhebammen oder die Rucksack-Gruppen im Rahmen des Landesprogramms STÄRKE. Wir wollen diese erfolgreichen Ansätze in Stuttgart sichern und weiterentwickeln.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Andreas Reißig

Judith Vowinkel

Haushaltsantrag vom 18.10.2011	Nr. 548/2011
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/2013
Kinder nicht im Stich lassen

Wir beantragen:

Jährlich sind für den Begleitenden Umgang für Familien in Trennungs- und Scheidungssituationen **24 500 Euro** (vgl. GRDRs 384/2011), für die Bereitschaftspflege in der Notaufnahme **34 800 Euro** (450/2011), für die Qualitätsentwicklung in der Begleitung der Pflegeverhältnisse **94 500 Euro** (457/2011) und für Vormundschaften **79 500 Euro** (650/2011) zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Kinder, die durch veränderte Lagen des Elternverhältnisses in schwierige oder gar existenzielle Situationen kommen, bedürfen besonderer Unterstützung. Der Pflegekinderdienst etwa hat die Aufgabe, Kindern und Jugendlichen, die außerhalb ihres Elternhauses aufwachsen, einen familiären Rahmen zu ermöglichen. Beim Begleitenden Umgang geht es um darum, die Elternteile dazu zu befähigen, den Umgang ohne Anwesenheit eines Dritten zum Wohle des Kindes zu gestalten. Wir wollen diese Dienste unterstützen, damit Kinder in Stuttgart nicht im Stich gelassen werden.

Desweiteren beantragen wir:

Zur Bestandssicherung der Haus- und Familienpflege wird das Förderbudget für deren Träger um **70 000 Euro** p.a. (613/2011) aufgestockt.

Sowohl mit den Krankenkassen als auch mit dem Sozialministerium werden Gespräche um eine angemessene Beteiligung geführt.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Andreas Reißig

Marita Gröger

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Unsere Gesellschaft wird hochaltriger - Bedarfsgerechte Strukturen in der
 Altenhilfe schaffen und erhalten
 BürgerHH Ranking Nr. 103

Wir beantragen:

1. Die Schaffung von zwei weiteren Stellen beim Bürgerservice Leben im Alter (siehe unser Antrag zum Stellenplan)
2. Erhöhung des Etats für den Fachdienst GerBera (Gerontopsychiatrische Dienst) zur notwendigen Personalaufstockung ab dem Jahr 2012 fortlaufend um 202.000.-- €, verteilt auf die jeweiligen Träger
3. Der Stadt seniorenrat erhält zur Weiterführung der Schulungen von Heimbeiräten und Heimfürsprechern in den Jahren 2012 und 2013 je 3.000.-- € zusätzlich zur bestehenden Förderung.
4. Um die Regelöffnung von Begegnungsstätten für Senioren mit Behinderung entsprechend des Projektes im Fasanenhof weiterzuführen und auszubauen, erhalten drei Begegnungsstätten jährlich je 6.000.-- €. Der entsprechende Etat wird um 18.000.-- € je Haushaltsjahr erhöht. Die Fachverwaltung konkretisiert ihre weiteren Verortungsüberlegungen bis zur 2. Lesung.
5. Aus den Maßnahmeempfehlungen der partizipativen Altenhilfeplanung werden folgende Punkte durch Etaterhöhung des Sozialamtes in den Haushalt aufgenommen:
 - für Durchführung des Alterssurveys im Haushaltsjahr 2012 30.000.-- und im Haushaltsjahr 2013 5.000.-- € (Veröffentlichung/Druckkosten)
 - im Haushaltsjahr 2012 5.000.-- € für die Implementierung der partizipativen Altersplanung
 - für das dreijährige Modellprojekt "Inklusion von gerontopsychiatrisch erkrankten Menschen" in die Begegnungsstätten werden von 2012 bis 2014 je 50.000.-- € bereitgestellt. Die Freigabe der Mittel erfolgt nach entsprechender Konkretisierung. Dabei werden auch die besonderen Bedarfe älterer Migrantinnen und Migranten mit gerontopsychiatrischer Erkrankung aufgegriffen.
6. Für die im Altenhilfeplan beschriebenen neuen Quartiersansätze werden im Haushaltsjahr 2012 für drei Projektentwicklungen je 7.000.-- € bereitgestellt. Die Fachverwaltung macht hierzu entsprechende und auf den Sozialdatenatlas gestützte Vorschläge, die im Fachausschuss beraten werden.
7. Auf Platz 103 des Bürgerhaushaltes befindet sich der Vorschlag, die

AWO-Wohnbegleitung in der Paul Lincke Str. 8 interimweise weiterzuführen. Die Fachverwaltung bezieht in 1. Lesung zu einer weiterführenden Betreuungslösung Stellung. Darüber hinaus interessiert uns, wo sich in unserer Stadt noch weitere Wohnanlagen oder Teilgebiete mit vergleichbarer Belegung und entsprechendem Betreuungsbedarf befinden.

Des Weiteren machen wir mit den folgenden Antragspunkten das Geschäft der Finanzverwaltung, die diese Punkte entsprechend der Vorgaben bereits in den Haushaltsentwurf hätte einstellen müssen:

1. Die letzten Raten der Pflegeheimförderung werden 2012 bereitgestellt für die Pflegeheime
 - Auf der Gans 650.000.-- €
 - Paulinenpark 516.000.-- €,
 - Pflegezentrum Sonnenberg 600.000.-- €.Hier handelt es sich um verbindliche Komplementärförderung nach altem Fördermodell Land-Kommune.
2. Im Jahr 2013 wird der Investitionskostenzuschuss für die Begegnungsstätte Botnang von 300.000.-- € im Haushalt bereitgestellt.

Begründung:

Die Notwendigkeit, diese beantragten Mittel einzustellen ist mittlerweile hinlänglich bekannt. Auch in Stuttgart werden Bürgerinnen und Bürger älter, hochaltriger, leben mehr Menschen ohne familiäre Bindung und mit Migrationshintergrund. Das allein bedingt einen Mehrbedarf und Veränderungen in den Strukturen der seitherigen Altenhilfe.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Dr. Maria Hackl

Ariane Zürn

Judith Vowinkel

Haushaltsantrag vom 18.10.2011

Nr. 550/2011

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Eine gesicherte Zukunft für das Erfolgsmodell "Oase Rot" im Bürgerhaus

Wir beantragen:

Zur Fortführung des Stadtteiltreffs Oase in Stuttgart-Rot werden ab dem Jahr 2012 p.a. 120.000.-- € an Fördermitteln bereitgestellt.

Begründung:

Der Stadtteiltreff Oase ist als Modellvorhaben des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt im Jahr 2008 entstanden. Die Förderperiode des Modellvorhabens ist inzwischen abgelaufen, der Träger Evangelische Gesellschaft hat mit Hilfe von Eigen- und Spendenmitteln übergangsweise für das laufende Jahr noch den Betrieb sichergestellt.

Von ihrem ursprünglichen Standort in der Gundelsheimer Straße ist die Oase mittlerweile erfolgreich in das Bürgerhaus Rot umgezogen und konnte damit die Quartiersarbeit auf eine breitere und noch offenere Grundlage stellen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist dieser Quartiersansatz für die besondere Bedarfslage des Stadtteils Rot ein richtiges Modell. Aus dieser Arbeit können zudem Erkenntnisse gewonnen werden, wie Angebote in vergleichbaren Quartieren, die auf unterschiedliche Gruppen separat ausgelegt sind, möglicherweise gebündelt sich ebenfalls generationsübergreifend zu Quartiershäusern und -angeboten entwickeln können. Da der Stadtteil Rot bisher über keine geförderte Begegnungsstätte für Ältere verfügte, besteht mit dem Erhalt der Oase auch die Möglichkeit im Weiteren Versorgungs- und Dienstleistungsangebote für Ältere hinzuzufügen, die im Wohngebiet ebenfalls benötigt werden.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Dr. Maria Hackl

Ariane Zürn

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013 Zuschüsse an die Freien Träger der Liga der Wohlfahrtsverbände

Wir beantragen:

1. Im Rahmen der Ersten Lesung des Haushalts stellt die Verwaltung dar, wie sich die Kosten (Personal und Sachkosten) der Freien Träger in den letzten Jahren entwickelt haben.
2. Es wird weiter dargestellt, wie hoch der Zuschuss (prozentualer Anteil der Stadt) bei Abschluß der Verträge bei den einzelnen Trägern war und welche Zuschussquote derzeit erreicht ist.
3. Die Verwaltung beziffert die Höhe der erforderlichen Mittel, wenn künftige von einer Bezuschussung auf der Basis einer Dynamisierung entsprechend der tatsächlichen Tarifsteigerungen ausgegangen würde.

Begründung:

Die Beziehung der "Freien Träger" mit der Stadt ist i.d. Regel über Leistungsverträge geregelt. Dabei wurden damals auskömmliche Zuschüsse ausgehandelt. Von den Trägern wird heute beklagt, dass die Haushaltspolitik der Stadt im Laufe der Jahre dazu geführt hat, dass diese Auskömmlichkeit nicht mehr in jedem Falle gegeben ist.

Wir sind der Auffassung, dass die Arbeit der "Freien Träger" im Sozialbereich für unser Gemeinwesen unverzichtbar ist. Es muss deshalb ein tragfähiger Kompromiss gefunden werden, der von allen Beteiligten akzeptiert werden kann.

Davon unabhängig sind wir uns bewusst, dass sich die Strukturen und die Bedürfnisse ständig verändern und entsprechende Anpassungen nach sich ziehen. Die Diskussion darüber und welche Konsequenzen dies hat, muss außerhalb der Haushaltplanberatungen in den dafür vorgesehenen Gremien geschehen.

Dr. Roswitha Blind
FraktionsvorsitzendeHans H. Pfeifer
Stv. FraktionsvorsitzenderMonika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter

Marita Gröger

Andreas Reißig

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Menschen mit Handicap verlässlich helfen und mit der Inklusion vorankommen

!

Wir beantragen:

1. Die Fördersumme für familienentlastende Dienste wird ab dem Jahr 2012 um 107.000.-- € aufgestockt (GRDRs.483/2011).
2. Um das Projekt "Netzwerkbildung kleinräumiger Wohnverbund" in drei weiteren Stadtteilen zu implementieren, werden im Haushaltsjahr 2012 einmalig 38.250.-- € bereitgestellt.
3. Zur Durchführung von Kursangeboten für ältere Werkstattangehörige als Ruhestandsvorbereitung werden in den Jahren 2012 und 2013 je 15.000.-- € bereitgestellt. Parallel dazu wird mit den Trägern der Werkstätten dahingehend verhandelt, wie dies in das Regelangebot fest übernommen werden kann. Rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen 2014/15 erfolgt ein Sachstandsbericht um über den Ansatz und eine Fortführung entscheiden zu können.
4. Zur Durchführung eines Fachtages "Teilhabeplan für Kinder und Jugendliche mit Behinderung" werden einmalig in 2012 5.000.-- € bereitgestellt.
5. Der vom Oberbürgermeister bereits ernannte und amtierende Behindertenbeauftragte der LHS ist bisher weder mit einem Etat noch einer Bürounterstützung ausgestattet. Spätestens zur 2. Lesung wird dargestellt, was hierfür an personeller und sächlicher Ausstattung notwendig ist und die Frage geklärt, ob dies nicht - vergleichbar dem Integrationsbeauftragten - als Stabsstelle geführt werden muss.
6. Zur Umsetzung der Inklusion gehören auch vermehrte Anstrengungen um Barrierefreiheit. Die Verwaltung stellt deshalb dar,
 - a. welche baulichen Notwendigkeiten es für barrierefreie Ämter (hier besonders das Sozialamt und das Gesundheitsamt) gibt.
 - b. Wie ist der aktuelle Sachstand bei den entsprechenden Planungen für die Bezirksrathäuser? Welche baureifen Planungen gibt es hier bereits?
 - c. Gibt es für den Bedarf an Barrierefreiheit städtischer Gebäude einen Gesamtplan, eine Priorisierung der Umsetzung sowie eine Kalkulation der dafür erforderlichen Kosten?
7. Das Zentrum für selbstbestimmtes Leben erhält zur Entwicklung seines Angebotes einen pauschalierten Personalkostenzuschuss in Höhe von 40.000.- € für das Jahr 2012 und 60.000.- € für das Jahr 2013 (vgl. GRDRs. 365/2011).

Begründung:

Familienentlastende Dienste haben einen wichtigen Entlastungseffekt für betroffene Familien und werden außerordentlich stark nachgefragt. Die derzeit geltende Leistungsvereinbarung mit den Trägern läuft mit diesem Jahr aus. Der seitherige Ansatz kann bei der Zunahme der Nachfrage und der geleisteten Stunden wie bisher nicht gehalten werden. Eine bedarfsgerechte Fördererhöhung ist notwendig.

Die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention ist nicht zum Nulltarif zu haben und kann sich keinesfalls auf den Bereich schulische Inklusion beschränken. Die Daseinsvorsorge für die Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger schließt Menschen mit Behinderungen selbstverständlich mit ein.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Dr. Maria Hackl

Ariane Zürn

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Wirksame Hilfen für psychisch kranke Menschen und ihre Angehörigen

Wir beantragen:

1. Der Förderetat für Sozialpsychiatrische Dienste wird beim Gesundheitsamt ab 2012 um jährlich 101.000.-- € erhöht. Den Trägern wird damit die Schaffung von insgesamt zwei weiteren Stellen ermöglicht (siehe GR Drs. 126/2011).
2. Für die Kontakt- und Beratungsstelle Offene Herberge e.V, werden ab 2012 jährlich 7.500.-- € durch Budgeterhöhung beim Gesundheitsamt bereit gestellt.
3. Spätestens in 2. Lesung wird darüber berichtet, ob für das Begleitprojekt der EVA für Kinder mit psychisch kranken Eltern (vgl. GR Drs. 633/2011 und 630/2009) Projektmittel der Aktion Mensch erlangt werden konnten und welche Finanzmittel zur Durchführung ggf. noch von städtischer Seite bereitgestellt werden müssen.

Begründung:

Leider ist es so, dass immer mehr Menschen mit psychischen Erkrankungen zu kämpfen haben, viele darunter als Chroniker. Die acht sozialpsychiatrischen Dienste in der LHS haben als Bestandteil der psychosozialen Dienste in erheblichem Umfang mit diesen Fallzahlensteigerungen zu kämpfen. Bereits vor den Haushaltsberatungen 2010/2011 war bekannt, dass die Arbeit nur mit zusätzlichen Stellenanteilen im notwendigen Umfang weitergeführt werden kann. Bei der Haushaltskonsolidierung fand dies keine Mehrheit. Die Träger mussten deshalb ihren Arbeitsumfang notgedrungen reduzieren, was in den Auswirkungen mehrfach Thema von Beratungen im Sozial- und Gesundheitsausschuss war.

Zur Entwicklung des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV) gehört auch entsprechend der UN-Behindertenkonvention die Beteiligung Betroffener. Der Verein Offene Herberge ist als Betroffenenorganisation ein wichtiger Baustein im GPV. Darüber hinaus bietet er mit seiner Wochenend-Clubarbeit eine Anlaufstelle, die Lücken im Angebot mit wenig finanziellem Einsatz schließt. Kinder psychisch kranker Eltern haben ein erhöhtes Risiko, im Laufe ihres Lebens selbst eine psychische Störung zu entwickeln. Sie bilden daher eine Risikogruppe und es gilt, Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Bereits in der GR Drs. 630/2009 wird an Zahlen aufgezeigt, wie viele Kinder und Jugendliche von dieser Lebenssituation betroffen sind. Mit der Zunahme psychischer Erkrankungen in der Gesellschaft insgesamt, wird diese Zahl weiter ansteigen.

Dr. Roswitha Blind
FraktionsvorsitzendeHans H. Pfeifer
Stv. FraktionsvorsitzenderMonika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Dr. Maria Hackl

Ariane Zürn

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Hilfe für Menschen mit Suchterkrankung sowie deren Kindern

Wir beantragen:

1. Das Förderbudget des Gesundheitsamtes für Zuschüsse an Träger der ambulanten Suchthilfe für Raum- und Raumnebenkosten wird ab dem Jahr 2012 um die notwendigen Mittel erhöht. In der GRDRs. 244/2011 wird hier von einer jährlichen Erhöhung von insgesamt 117.000 Euro ausgegangen.
Das Gesundheitsamt legt in den Haushaltsberatungen eine aktuelle Übersicht der notwendigen Aufstockung vor, da sich seit dem Bericht im Sozial- und Gesundheitsausschuss im Mai 2011 Änderungen ergeben haben können.
2. Im Etat des Gesundheitsamtes stehen für Investitionszuschüsse an die Träger der ambulanten Suchthilfe für notwendige Umbauten und Sanierungen nicht ausreichende Mittel zur Verfügung. Daher müssen für die Jahre 2012 und 2013 zusätzlich mindestens 100.000 Euro eingestellt werden. Auch hier legt das Gesundheitsamt eine aktuelle Übersicht dar.
3. Um bestehende und bewährte Angebote im Bereich der ambulanten Suchthilfe absichern zu können, werden die dafür notwendigen Personalkostenzuschüsse der Träger nach deren gemeldeten Bedarfen, sowie die damit verbundenen Sachkostenzuschüsse im Förderbudget des Gesundheitsamtes eingestellt (siehe auch Übersicht in der GRDRs. 244/2011, Anlage 4).
Hierbei handelt es sich um Zuschüsse für
 - eine 0,5 Fachkraftstelle bei ABAS e.V. zur Sicherstellung der Grundversorgung im Bereich der Essstörungen in Höhe von jährlich 24.454 Euro,
 - eine Fachkraftstelle bei der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart e.V. zur Sicherstellung des gestiegenen Bedarfs der Grundversorgung Spielsüchtiger in Höhe von jährlich 48.907 Euro,
 - drei Fachkraftstellen bei release e.V. zur psychosozialen Begleitung von Menschen in einer Substitutionsbehandlung in Höhe von jährlich 146.722 Euro, allerdings unter Berücksichtigung der weiteren Planungen der Einrichtung einer diamorphingestützten Substitution in Stuttgart.
4. Für den Aufbau einer Chronikerversorgung in Stuttgart werden im Budget des Gesundheitsamtes Fördermittel für die Schaffung von zwei zusätzlichen Fachkraftstellen bei den Trägern der ambulanten Suchthilfe für die Umsetzung des Konzepts zur Versorgung chronisch mehrfach beeinträchtigter Abhängigkeitskranker in Höhe von jährlich ca. 97.900 Euro eingestellt (siehe Übersicht in der GRDRs. 244/2011, Anlage 4).

5. Die Finanzierung des Ordnungsdienstes in der Kontaktstelle "High Noon" in Höhe von jährlich ca. 10.000 Euro werden durch eine dementsprechende Erhöhung der Mittel für den Bereich Beratungsstellen in der Sucht- und Drogenhilfe für die Jahre 2012 und 2013 aufgenommen (siehe GR Drs. 706/2011).
6. Um die erfolgreiche Arbeit des Beratungsangebots für suchtgefährdete Mädchen und junge Frauen "Mädchen.Sucht.Auswege." sichern und festigen zu können, erhält der Träger des Angebots Lagaya e.V. ab 2012 eine zusätzliche Förderung für eine 0,5 Fachkraftstelle. Die notwendigen Mittel in Höhe von ca. 24.500 Euro pro Jahr werden hierfür im Budget des Jugendamtes eingestellt.
7. Um das Angebot Pro Kids des Caritasverbandes für Stuttgart e.V. für Kinder suchtkranker Eltern bis Ende 2013 sicherstellen zu können, werden die dafür notwendigen Mittel in Höhe von 60.000 Euro jährlich (49.000 Euro Personal- und 11.000 Euro für Raum- und Raumnebenkosten) in den Haushalt 2012/2013 im Budget des Jugendamtes eingestellt (siehe GR Drs. 244/2011).

Begründung:

Auch in den vergangenen Jahren ist die Zahl derjenigen, die Hilfe, Beratung und Therapie nachfragen, um ihre Suchterkrankung zu überwinden oder zumindest einigermaßen mit ihr leben können, weiter angestiegen. Insbesondere im Bereich der Spielsucht lässt sich eine deutliche Zunahme verzeichnen. Es muss nun darum gehen, Angebote und Leistungen des differenzierten Suchthilfenetzes in Stuttgart zu sichern und den Trägern die Möglichkeit zu geben, sich den neuen Herausforderungen zu stellen.

Insbesondere Kinder suchtkranker Eltern haben ein erhöhtes Risiko, in ihrem Leben selbst eine Suchterkrankung zu entwickeln. Daher gilt ihnen unser besonderes Augenmerk. In Stuttgart leben mehr als 800 Kinder in Stuttgart unter 18 Jahren in Familien, in denen es gilt, ein Suchtproblem zu bearbeiten. Daher ist es notwendig, die jungen Menschen in diesen Familien zu schützen und zu stärken. Dieses Angebot versteht sich aus unserer Sicht nicht als originäres Thema der Suchthilfe, sondern viel eher als ein Thema der Kinder- und Jugendhilfe, da es darum geht, junge Menschen auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu begleiten. Daher gehört es auch stärker dort angesiedelt und mittelfristig geprüft, inwiefern sich Hilfen für Kinder in Haushalten mit psychisch Kranken und/oder Suchtmittelabhängigen stärker in der Stuttgarter Kinder- und Jugendhilfelandchaft verorten lassen.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Ariane Zürn

Marita Gröger

Dr. Maria Hackl

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013 Endlich die diamorphingestützte Substitution auf den Weg bringen!

Wir beantragen:

1. Das Konzept zur diamorphingestützten Substitution im Rahmen der Schwerpunktpraxis Sucht wird im kommenden Jahr so schnell wie möglich umgesetzt (siehe insbesondere GRDRs. 662/2010).
2. Die hierfür notwendigen zusätzlichen Mittel insbesondere für die Anlaufphase des Angebots von im schlechtesten Fall max. 470.000 Euro jährlich werden im Förderbudget des Gesundheitsamtes für die Jahre 2012 und 2013 zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus muss eine nachhaltige Finanzierung des Angebots sichergestellt werden.
3. Die für die Umsetzung notwendigen Investitionskosten, die durch Umbau und Sanierung der Immobilie Kriegsbergstraße 40 entstehen, werden in den Haushaltsplanberatungen nachvollziehbar dargestellt und die Mittel im Finanzhaushalt hierfür eingestellt.
4. Die zuständige Verwaltung führt Gespräche mit dem Landesinnenministerium, um hinsichtlich der Ausführungsbestimmungen der Sicherheitsvorgaben des Praxisbetriebes Hindernisse aus dem Weg zu räumen, um so mögliche Kosten zu senken. Darüber hinaus soll auch auf das Landesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Senioren zugegangen werden, inwiefern eine angemessene Beteiligung des Landes an den einmaligen, aber auch laufenden Kosten erreicht werden kann.

Begründung:

Seit 2009 darf Diamorphin von fachlich dafür ausgebildeten Ärzten an einen eng beschriebenen Personenkreis zur Verbesserung der Therapiemöglichkeiten grundsätzlich als Medikament verabreicht werden. Die Kriterien für eine Therapie mit Diamorphin als Medikament erfüllen in Stuttgart voraussichtlich um die 50 Personen. Da es sich bei Diamorphin als Therapiestoff auch um eine Droge handelt, die unter das Betäubungsmittelgesetz fällt, sind für die Ausgabe des Medikaments hohe Sicherheitsvorkehrungen vorgesehen, die sowohl personell als auch räumlich hohe Kosten erzeugen. Gleichsam der Therapie mit Ersatzstoffen in der Substitution ist eine psychosoziale Begleitung der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten. Die Ergebnisse einer Studie zur Heroingabe für schwerstabhängige Drogenkranke haben für

deren Behandlungsverlauf positive Befunde gezeigt. Daher ist es zu begrüßen, dass nun endlich auch die Möglichkeit besteht, in Stuttgart eine solche Einrichtung für die diamorphingestützte Therapie einzurichten. Nachdem nun auch die alte Landesregierung von CDU und FDP endlich den Weg frei gemacht haben für diese Form der Behandlung, allerdings mit hohen Hürden und vielen Hindernissen. Daher ist es notwendig mit den zuständigen Stellen der neuen Landesregierung erneut ins Gespräch zu kommen. Aus Sicht der Stadt ist es nun dringend geboten, endlich in diesem Haushalt, eine diamorphingestützte Substitution auf den Weg zu bringen.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Ariane Zürn

Marita Gröger

Dr. Maria Hackl

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Frauen und Kinder mit Gewalterfahrung brauchen noch immer unsere Hilfe

Aus dem Ergebnishaushalt werden für die Frauenberatungsstellen sowie STOP-Träger folgende Regelförderungen aufgestockt (vgl. GRDRs. 503/2011):

- | | |
|--|---------------------|
| a) Fraueninterventionsstelle (Frauen helfen Frauen e.V.) | 25.000.- € jährlich |
| b) Beratung und Information für Frauen (BiF) | 14.500.- € jährlich |
| c) Männerinterventionsstelle | 50.000.- € jährlich |
| d) Kinderschutzzentrum (anteilige Stellenerhöhung) | 6.400.- € jährlich |

Desweiteren werden gezielt folgende Maßnahmen im Rahmen der Stuttgarter Ordnungspartnerschaft (STOP) gefördert:

- | | |
|--|---------------------|
| ● Fairstreit-Training (städtische FIS und MIS) | 10.000.- € jährlich |
| ● Therapeutische Kindergruppen (Kinderschutzzentrum) | 15.000.- € jährlich |
| ● Arbeit am Tonfeld (städt. FIS) | 8.000.- € jährlich |
| ● Mädchengruppe (Frauen helfen Frauen) | 7.000.- € jährlich |

Begründung:

Wir wollen, dass STOP, die Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen Gewalt, qualifiziert weitergeführt wird. Wie die Erfahrungen zeigen, müssen vor allem auch die Kinder im Blick sein. Sie leiden sehr unter der häuslichen Gewalt und überdies sind sie dadurch auch gefährdet, selbst einmal Gewalt als Problemlösung anzuwenden. Die Stadt muss dafür sorgen, dass die etablierten Angebote von STOP qualitativ und bedarfsgerecht weiterarbeiten können.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Dr. Maria Hackl

Marita Gröger

Ariane Zürn

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Hilfen für Menschen in Zwangssituationen sichern! Ausstieg aus der Prostitution jetzt!

Wir beantragen:

1. Einen einmaligen Personalkostenzuschuss für eine 0,2 Fachkraftstelle in Höhe von 4.327 Euro im Rahmen des Projekts "PlanP" des Frauenunternehmens ZORA gGmbH für die Beratung von Frauen, die aus der Prostitution aussteigen wollen und nicht im SGB II-Leistungsbezug sind. Dies soll die Ausdehnung des Projekts auch auf nicht SGB II-Bezieherinnen für den Zeitraum 01. Januar 2012 bis 30. Juni 2012 ermöglichen (siehe GRDRs. 711/2011).
2. Für den Zeitraum 01. Juli 2012 bis 31. Dezember 2012 einen Personalkostenzuschuss für eine 0,5 Fachkraftstelle in Höhe von 10.819 Euro sowie Raum- und Sachkostenzuschüsse in Höhe von 1.520 Euro (siehe GRDRs. 711/2011).
3. Ab 2013 einen jährlichen Zuschuss für eine 0,5 Fachkraftstelle in Höhe von 21.638 Euro sowie die dazugehörigen Raum- und Sachkosten in Höhe von 3.039 Euro, um die Beratung der Frauen in Zwangssituationen, die nicht im SGB II- Bezug sind und aus der Prostitution aussteigen wollen, gewähren zu können (siehe GRDRs 711/2011).
4. Für Leitungsaufgaben in der Anlaufstelle und aufgrund der gestiegenen Anforderungen an die sozialarbeiterische Tätigkeit im Prostituiertencafé La Strada werden 0.75 Personalstellen für Sozialarbeit im Stellenplan des Gesundheitsamts zusätzlich geschaffen.
5. Um das Angebot La Strada weiterhin aufrechterhalten zu können, ist eine Erhöhung der Sachmittel wie etwa für Getränke, Küchenbedarf und Hygieneartikel in Höhe von 5.200 Euro pro Jahr erforderlich. Diese Mittel werden in das Budget des Gesundheitsamtes aufgenommen. Dies gilt auch für die Reinigungskosten, die aufgrund der starken Nutzung der Räumlichkeit höher als üblich ausfallen. Hier soll eine Genehmigung einer Ausnahmeregelung stattfinden und die tatsächlichen Reinigungskosten, die 3.500 Euro im Jahr über der Grenze liegen, übernommen werden.
6. Auch die Sachkosten für die Arbeit mit den Peers werden in ausreichendem Umfang in den Sachkostenetat des Gesundheitsamtes aufgenommen. Hierfür werden im Laufe der

Haushaltsberatungen die notwendigen Aufwendungen ermittelt und in die Beratungen eingebracht.

7. Um der gestiegenen Nachfrage bei der Beratungsstelle für sexuell übertragbare Krankheiten nachzukommen, bei der es sich um eine Pflichtaufgabe der Kommune handelt, werden die notwendigen 0,25 Arztstellen und die 0,35 Krankenschwesterstellen im Stellenplan des Gesundheitsamtes zusätzlich geschaffen. Auch die für einen qualitativ hochwertigen Betrieb notwendigen Mittel für Sachkosten werden in den Haushalt aufgenommen. Hierfür stellt die zuständige Verwaltung im Rahmen der Haushaltsberatungen den Bedarf dar, der die Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Klientinnen und Klienten gewährleisten kann.

Begründung:

Das Frauenunternehmen ZORA gGmbH hat sich mit dem Projekt "PlanP", dem unsererseits lang geforderten Thema, der Schaffung von echten Ausstiegsperspektiven für Frauen in der Prostitution angenommen. Der Ausstieg aus der Prostitution ist ein langer und anstrengender Weg, bei dem die Frauen unbedingt Unterstützung erfahren müssen. Mit der gemeinsamen Anlaufstelle für männliche und weibliche Prostituierte in der Jakobstraße 3 konnte in den vergangenen zwei Jahren deutliche Verbesserungen von Qualität und Reichweite der Präventions- und Beratungsangebote für Prostituierte, insbesondere für Menschen in der Armutsprostitution, erreicht werden. Der Erfolg der Anlaufstelle sollte durch die Zurverfügungstellung der notwendigen Mittel ausreichend honoriert und unterstützt werden!

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Ariane Zürn

Marita Gröger

Dr. Maria Hackl

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Fürsorgeunterkünfte - den 2. Teil eines Betreuungskonzeptes umsetzen und Menschen in Wohnungsnot helfen

Wir beantragen:

1. Für die Umsetzung der Betreuung von ca. 250 Fürsorgeunterkünften in Streuobjekten werden für das Haushaltsjahr 2012 14.175.-- € und für das Haushaltsjahr 2013 56.700.-- € durch Budgeterhöhung bereitgestellt.
2. Rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen 2014/2015 legt die Fachverwaltung eine Evaluation vor, so dass in diesen Beratungen über das weitere Vorgehen entschieden werden kann.
3. bei der Fachstelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit die Schaffung einer Stelle für aufsuchende Sozialarbeit (siehe auch Stellenplanantrag).
4. die Schaffung einer 0,3 Stelle zur Stärkung des präventiven Ansatzes des Mieter- und Vermietertelefons.

im investiven Bereich:

1. "femmetastisch", die Tagesstätte für wohnungslose Frauen des Sozialdienstes Katholischer Frauen e.V., erhält einen Zuschuss von 73.000.-- € für die dringende Sanierung der Einrichtung.
2. Der Träger Evangelische Wohnheime e.V. erhält für den Umbau eines Gebäudes zur Nutzung für die Wohnungslosennotfallhilfe einen Zuschuss in Höhe von 470.000.-- €.

Begründung:

Mit der GRDRs. 22/2008 hat der Gemeinderat im Juli 2009 die Neukonzeption für den Betrieb der Fürsorgeunterkünfte beschlossen. Kernstück ist dabei ein Hilfefkonzept für die Bewohnerinnen und Bewohner um möglichst viele Familien wieder in reguläre Mietverhältnisse zu bringen. In den Haushaltsberatungen für 2010/2011 wurde diese soziale Betreuung für die vier großen Zweckbauten dauerhaft beschlossen. Eine vergleichbare Betreuung für die ca. 250 eingestreuten Fürsorgeunterkünfte, die sich stark auf drei Wohngebiete konzentrieren, wurde wegen der schwierigen Haushaltslage zurückgestellt. In der Folge jedoch aus Mitteln der Träger in sehr geringem Umfang begonnen.

Die Erfolge der Arbeit sind in den Zweckbauten außerordentlich positiv, die bescheidenen Ansätze in den Streuobjekten lassen erkennen, dass auch dort Erfolge zu erzielen sind. Die finanziellen Mittel der Träger für 3 x 0,3 Stellenanteile reichen allerdings nur bis ins 3. Quartal 2012. Die Arbeit sollte jedoch weitergeführt und vor einer dauerhaften Entscheidung zu den nächsten Haushaltsberatungen ausgewertet werden (vgl. GR Drs. 264/2011).

Ziel der Fachstelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit ist es Betroffene so rechtzeitig zu beraten, dass Wohnungsverlust möglichst nicht eintritt und gemeinsam Lösungen gefunden werden. So können auch weitere Folgekosten für die Kommune verhindert werden. Dabei kommt der aufsuchenden Arbeit eine wichtige Bedeutung zu, da viele der betroffenen Menschen auf bloßes Anschreiben nicht mehr in der Lage sind, zu reagieren. Einen ebenfalls präventiven Ansatz verfolgt mit gutem Erfolg das Mieter- und Vermietertelefon. Hier können sowohl besorgte Mieter, aber auch Vermieter anrufen und sich Rat holen. Teure Verfahren und Räumungen können so häufig in frühem Stadium abgewendet werden.

Sowohl der Sozialdienst katholischer Frauen e.V. als auch die Evangelischen Wohnheime e.V. leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Qualität des Stuttgarter Hilfesystems bei Wohnungsnotfällen. Sanierung bzw. Umbau sind zum Erhalt dieser Arbeit dringend erforderlich.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Dr. Maria Hackl

Ariane Zürn

Haushaltsantrag vom 18.10.2011	Nr. 559/2011
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2012/2013
Erhöhung des Sachkostenbudgets Sozialamt

Wir beantragen:

Das Sachkostenbudget des Sozialamtes wird bedarfsgerecht erhöht.

Das Amt stellt zur 1. Lesung dar, welche Foren und Konzeptentwicklungen mit einer Erhöhung des Etats um 75.000.-- € p.A. durchgeführt werden könnten und welche Einzelanträge in den laufenden Haushaltsberatungen dadurch überflüssig werden.

Begründung:

In den zurückliegenden Jahren ist im Rahmen der notwendigen Haushaltskonsolidierung der finanzielle Handlungsrahmen der Ämter deutlich reduziert worden. Das hat einerseits dazu geführt, dass die Ziele der Haushaltskonsolidierung erreicht werden konnten, andererseits aber auch dazu, dass wir im Rahmen der Haushaltsberatungen über Positionen beraten und diskutieren, die von der Größenordnung her (siehe z.B. unser Antrag zum Thema Alter) diesen Aufwand nicht rechtfertigen.

Auch der Zwischenbericht zur Finanzlage 2011 stellt in der GRDRs. 561/2011 fest: "Durch die weiteren Kürzungen der Sachausgaben im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts 2009 wird die Einhaltung der Budgets für die Fachämter zunehmend schwieriger."

Die Bevölkerung sollte aber durch Öffentlichkeitsarbeit über Unterstützungsangebote ausreichend informiert sein. Erhebungen, Fachtage und Pilotprojekte dienen dazu, die Arbeit des Amtes auf dem aktuellen Bedarfsstand zu halten und kein Geld in überholten Angeboten zu belassen. Diese ganz alltägliche Facharbeit braucht den notwendigen finanziellen Rahmen durch ein dafür ausreichendes Budget.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Dr. Maria Hackl

Ariane Zürn

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Fortführung der bisherigen Leistungen ab 2012 im JobCenter

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt entfällt wohl die Möglichkeit, die Qualität der Arbeitsgelegenheiten durch eine angemessene pädagogische Begleitung und Qualifizierung der Teilnehmer abzusichern. Hierfür anfallende Aufwendungen werden voraussichtlich in Zukunft nicht mehr vom Jobcenter als Bestandteil der Maßnahmenkostenpauschale anerkannt. Genau dies aber waren bisher die Pfeiler für die Verbesserung der Integrationschancen durch Arbeitsgelegenheiten schlechthin.

Der Gesetzesvorschlag verschärft daneben die Kriterien für die Zulassung von Arbeitsgelegenheiten. Die Arbeitsgelegenheiten müssen künftig nicht nur zusätzlich und im öffentlichen Interesse sein, sondern ausdrücklich auch wettbewerbsneutral.

I. Arbeitsgelegenheiten

Deshalb stellt sich die Frage, wie die Beschäftigungsmöglichkeiten, wie z. B. im KULTURWERK und im Café Nachbar der SBR abgesichert werden können, wenn die beabsichtigte AGH-Förderung nicht umgesetzt werden kann.

II. Ausbildungsmöglichkeiten für Erwachsene

Das Projekt Ausbildungschance ist erfolgreich gestartet und bietet Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit, einen Ausbildungsabschluss in einer besonders begleiteten Form nachzuholen. Im Hinblick auf die betrieblichen Anforderungen und den Fachkräftebedarf ist auch bei den Leistungsberechtigten im Alter von 25 – 35 Jahren ein wichtiges Potential zu vermuten, das für eine, wenn auch späte, Ausbildung genutzt werden könnte.

III. Alternative Fachkonzepte für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Die Umsetzung der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen auf der Grundlage des bisherigen Fachkonzeptes trägt einer individuellen und passgenauen Ausrichtung auf Lebenslagen und Einzelbedarfe benachteiligter junger Menschen nicht ausreichend Rechnung. Dagegen zeigen die bisherigen Erfahrungen in Produktionsschulen und Jugendwerkstätten mit ihrem ganzheitlichen und individuellen Förderansatz, dass mit kreativen Konzepten der nachträgliche Erwerb des Hauptschulabschlusses und eine bessere Heranführung an die Berufsreife erreicht werden kann.

Deshalb beantragen wir

Bis zur 1. Lesung stellt die Verwaltung dar, welche Fördermöglichkeiten bestehen, und in welcher Höhe eine kommunale Kofinanzierung notwendig ist, um die genannten drei Maßnahmen weiterzuführen.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Ergun Can

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Feuerwehr in Stuttgart - notwendige Entscheidungen für einen konsequenten Weg der Sicherheit für die Bürger

Es wird beantragt:

- | | | |
|---|------------------------------|--------------|
| 1. Neubau der Feuerwache 5 | | |
| Notwendige Planungsmittel: | 2012 | 0,250 Mio. € |
| | 2013 | 1,150 Mio. € |
| 2. Feuerwehrhaus Stammheim | 2012 | 0,250 Mio. € |
| | 2013 | 2.315 Mio. € |
| 3. Feuerwehrhäuser Münster und Hedelfingen | | |
| Notwendige Planungsmittel | 2012 | 0,080 Mio. € |
| 4. Verbesserung der Finanzierungssituation der Brandschutzerziehung | 2012 | 0,005 Mio. € |
| 5. Notwendige Stellen: | Siehe Antrag zum Stellenplan | |

Begründung:

Nach Beschluss des Feuerwehrbedarfsplans besteht Klarheit darüber, dass es zum Neubau der Feuerwache 5 in Degerloch keine Alternative gibt. Der Neubau ist dringlich und muss schnellstens verwirklicht werden.

Das Programm zur Erneuerung der Feuerwehrhäuser in den Stadtbezirken muss kontinuierlich weitergeführt werden. Dafür sind die beantragten Mittel notwendig.

Die wichtige Aufgabe der Brandschutzerziehung der freiwilligen Feuerwehren geschieht bisher ohne eine entsprechende Verankerung in der Brandschutzsatzung. Die Finanzierung geschieht meist über die Mittel der Bezirksbeiräte. Wir halten die Aufgabe für wichtig und wollen sie nunmehr regulär verankern. Dazu ist auch ein bescheidener Geldbetrag nötig.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Die Verwaltung ist auf kompetente Mitarbeiter/innen angewiesen.

Anträge zum Stellenplan

Die Stadtverwaltung ist in vielen Arbeitsbereichen für die komplexen Aufgaben nicht mehr ausreichend personell ausgestattet. Es besteht nach den Jahren der Hausaltskonsolidierung ein großer Nachholbedarf.

Wir beantragen deshalb:

Abteilung Integration:

1. Für die Fortsetzung des bundesweiten Qualitätszirkels zur kommunalen Integrationspolitik **0,5 Stelle**
2. Die Fortsetzung des Arbeitsbereich "Öffnung und Einbindung islamischer Vereine" in die Integrationspolitik der Stadt **0,5 Stelle**

Begründung:

Stuttgart feiert sich als Stadt mit einer vorbildlichen Integrationspolitik. Leider findet dies keine ausreichende Entsprechung bei der personellen Ausstattung der Abteilung Integration. Die beiden genannten Projekte werden derzeit durch externe Stiftungs-/Fördermittel finanziert. Diese laufen Ende des Jahres aus und damit auch die Projekte. Dies darf nicht sein. Deshalb stellen wir an Stelle des Oberbürgermeisters die notwendigen Anträge.

Stop - Koordination der Stuttgarter Ordnungspartnerschaft

Im Rahmen der Beratungen wird über die Stellenausstattung berichtet. Unser Ziel ist es, dass diese wichtige Arbeit unverändert weiter wahrgenommen werden kann.

Statistisches Amt:

1. Aufbau und Führung einer statistischen Gebäude- und Wohnungsdatei. **0,5 Stelle EG10**
Begründung:
Die genannte Datei wird eine wichtige Grundlage zu Planungszwecken. Sie sollte jetzt aufgebaut werden, weil ansonsten die aktuellen Daten des Zensus 2011 für eine effektive und langfristige Verwendung nicht zur Verfügung stehen.
(siehe GRDRs. 4012/2011).

Amt für öffentliche Ordnung
siehe gesonderter Antrag

Branddirektion:

1. Sachgebiet Personal und Organisation **1 Stelle A12**
Begründung:
Stelle ist zur Umsetzung zwingend vorgegebener gesetzlicher und tariflicher Vorgaben unabdingbar notwendig.
2. Ausbildung und Qualitätssicherung in der integrierten Leitstelle. **1 Stelle EG10**

Begründung:

Nach der Zusammenlegung der Leitstellen von Feuerwehr und Rettungsdienst besteht erhöhter permanenter und zwingender Schulungsbedarf. Für die Stadt entstehen Kosten für 50% der Stelle. Die Kostenträger des Rettungsdienstes übernehmen die anderen 50%.

3. Sachbearbeiter/in Anlagenverrechnung und Kostenkalkulation **1,0 Stelle A10**
0,25 Stelle A12
4. Die Verwaltung stellt dar, welcher Stellenbedarf auf Grund der Dienstrechtsreform besteht. (siehe Vorlage 621/2011 - Feuerwehrbedarfsplan)

Begründung:

Für eine ordnungsgemäße Verwaltung der umfangreichen feuerwehrtechnischen Ausstattung von Berufsfeuerwehr und freiwilligen Feuerwehren und der Kosten- und Leistungsrechnung bedarf es einer personellen Mindestkapazität. Diese ist heute bei weitem nicht gegeben.

Schulverwaltungsamt

1. Sachbearbeiter/in - Schulversuch zur Schulischen Bildung von jungen Menschen mit Behinderungen. **1 Stelle EG 13**

Begründung: GR Drs. 442/2011

2. Sachbearbeiter/in Personalstelle **1 Stelle A10**

Begründung: Steigerung von Personal- und Eingliederungsfällen.

3. Sachbearbeiter/in - außerschulische Nutzung von Schul- und Schulsportanlagen **0,5 Stelle EG 8**

Begründung:

Die außerschulische Nutzung der Schul- und Schulsportanlagen muss reibungslos funktionieren. Nur so kann die Stadt den zahlreichen ehrenamtlich tätigen Menschen gerecht werden. Die Stelle ist durch Gebühreneinnahmen gedeckt, auch wenn die Einnahmen bei der Sportstättenbetriebs GmbH - also bei der Kämmerei - anfallen.

4. Sachbearbeiter/in Schulentwicklungsplanung **1 Stelle EG12**

Begründung:

Die demnächst fallenden Beschlüsse der Schulentwicklungsplanung müssen zügig umgesetzt werden

Kulturamt

1. Technische/r Betriebsassistent/in im Planetarium **0,5 Stelle EG8**

Begründung:

Seit 1990 ist die Zahl der Veranstaltungen um 25% gestiegen, die Einnahmen um 50%.

2. Musikschullehrer/in an der Stuttgarter Musikschule **3 Stellen EG9**

Begründung:

Die mit der Haushaltskonsolidierung beschlossene Einschränkung der Musikschulangebote wird dem tatsächlichen Bedarf in Stuttgart nicht gerecht.

3. Musikschullehrer/in an der Musikschule (Wegfall eines KW-Vermerkes). **1 Stelle EG9**

Begründung:

Das Projekt "stark durch Musik" ist eine wichtige Maßnahme im Rahmen der Förderung der Chancengleichheit in Stuttgart und hat sich im Pilotversuch bestens bewährt. Wir wollen, dass das Projekt fortgesetzt wird.

4. Werkstattleitung beim "Mu-Pä-Di" **1 Stelle EG13**

Begründung:

Die steigende Nachfrage beim museumspädagogischen Dienst erfordert dringend die Schaffung dieser Stelle.

5. Pädagoge beim Stadtmuseum **1 Stelle EG 13**

Begründung:

Der/die Pädagog/in ist erforderlich zur sachgerechten Ausarbeitung des pädagogischen Konzepts des Stadtmuseums und zur konzeptionellen Anleitung des Stadtlabors. Dafür entfällt die für das Stadtlabor vorgesehene EG 9 Stelle.

6. Archivangestellte/r **0,75 Stelle EG 8**

Begründung:

Stelle ist zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben zwingend notwendig (Personenstandsregister) und teilweise durch Einnahmen kostenneutral.

7. Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste **1,0 Stelle EG 8**

Auch hier handelt es sich um eine Pflichtaufgabe (Benutzerservices - Sachgebiet Fotoabteilung)

Sozialamt

1. Sozialarbeiter/in beim Bürgerservice "Leben im Alter" **2 Stellen S12**

Begründung:

Die Steigerung der Anfragen um 25 % seit 1999 und auch die Erweiterung der Inhalte auf Grund des demografischen Wandels unserer Stadt erfordert eine Anpassung der Arbeitskapazität dieses wichtigen

Dienstes.

2. Sozialarbeiter/in in der Fachstelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit

1 Stelle S12

Begründung:

Die Konzeption der Fachstelle zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit hat sich bewährt. Dringend notwendig ist die in den letzten Haushaltsplanberatungen zurückgestellte Ausweitung der "aufsuchenden Arbeit". Dies sollte jetzt nachgeholt werden.

3. Das Verfahren zur Stellenbemessung in der Sozialhilfe ist noch immer nicht abgeschlossen. Wir bitten um einen Bericht im Rahmen der Stellenplanberatungen.

Jugendamt

1. Im Rahmen der Stellenplanberatungen wird die gemeinsame Prioritätenliste von Amtsleitung und Personalrat des Jugendamtes für die Entscheidungen zu Grunde gelegt.
2. Ref. AK und WFB nehmen vorher schriftlich dazu Stellung.
Begründung:
Die Verwaltung hat in GRDRs. 772/2011 für das Jugendamt die Schaffung von ca. 15,5 Stellen vorgeschlagen. Hinzu kommen die für die Inbetriebnahme bzw. Angebotsumstellung und für den Mindestpersonalschlüssel bedingten weiteren Stellen für den Kindertagesstättenbereich.
Es ist bekannt, dass das Jugendamt in den verschiedenen Arbeitsbereichen seit Jahren unter akutem Personalmangel leidet. Neben Engpässen im Bereich der Sachbearbeitung in den Fachebenen des Amtes ist die "Innere Verwaltung", z.B der IT-Bereich unterbesetzt.
Angesichts der immer wieder beklagten unzureichenden Personalsituation des Amtes ist es hilfreich, dass sich Amtsleitung und Personalrat auf eine Prioritätenliste verständigen konnten. Wir wollen diese Liste (gemeinsame Priorität, Priorität Amtsleitung, Priorität Personalrat) der Entscheidung zugrunde legen.

Gesundheitsamt

siehe gesonderter Antrag

Amt für Umweltschutz

1. Sachbearbeiter Pflegepläne für Biotope **3 Stellen EG13**
Begründung:
Die Erarbeitung von Pflegeplänen für besonders geschützte Biotope (§ 30 BNatSchG) bis 2015 und die Umsetzung der Biotopverbundplanung bis 2017 erfordern diese Stellen. Dies gilt auch für die Erstellung der Pflegepläne in landwirtschaftlich genutzten Gebieten (Vertragsnaturschutz).
2. Sachbearbeiter SchutzgebietsVO **1 Stelle EG9**
Begründung:
Die Überwachung von Schutzgebieten und des Außenbereichs ist dringend notwendig.
3. Sachbearbeiter Luftreinhaltung **0,5 Stelle EG12**
Begründung:
Der Luftreinhalteplan mit seiner Verschärfung der Grenzwerte seit 01.01.2010 erfordert diese Stelle.
4. Sachbearbeiter Lärminderungsplan **0,5 Stelle EG12**
Begründung:
Die bei der erstmaligen Aufstellung des Lärminderungsplans zusätzlich geschaffene Stelle (befristet) wurde zum Stellenplan 2010 gestrichen. Für die Erarbeitung der Fortschreibung des Lärmaktionsplans ist diese Stelle zwingend.
5. Sachbearbeiter Energiewirtschaft **1 Stelle EG13**
Begründung:
Stelle ist zur Umsetzung der Maßnahmen des Energie- und Klimaschutzkonzepts dringend nötig.
Anmerkung:
Im Rahmen der Organisationsuntersuchung des Amtes für Umweltschutz wurden die vorgenannten Stellen anerkannt und für notwendig erachtet. Wir wollen, dass das Amt sachgerecht personell ausgestattet ist.

Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung

1. Sachbearbeiter Landschafts- und Grünordnungsplanung (zweite Stelle) **1 Stelle EG12**
Die bereits zugesagte erste Stelle wird als dauerhafte Stelle geschaffen
Begründung:
Umsetzung zwingender gesetzlicher Vorschriften im Umweltrecht
2. Sachbearbeiter Baumschutzsatzung **2 Stellen A11**
1 Stelle A12
Begründung:
Ausdehnung der Baumschutzsatzung auf das gesamte Stadtgebiet.
3. Die Verlängerung von folgenden befristet geschaffenen Stellen ist zwingend:
Verkehrsplaner **0,5 Stelle EG 12 bis 2014**
Projektleiter soziale Stadt Neugereut **1,0 Stelle EG 12 bis 2017**
Projektleiter soziale Stadt Rot **1,0 Stelle EG 12 bis 2014**

Baurechtsamt

1. Sachbearbeiter **1 Stelle A12**
Begründung:
Betreuung besonders bedeutender Investitionsmaßnahmen.
2. Bauverständige **1,5 Stellen A13 H**
Begründung:
Einhaltung der Landesbauordnung
3. Sachbearbeiter **0,5 Stelle A11**
Begründung:

Allgemeine Verwaltung - gesteigener Aufwand

4. Ein Arbeitsteam Überwachung des Außenbereichs der Stadt
insgesamt **4 Stellen**
Begründung:
Siehe Antwort auf SPD - Antrag 177/2011 v. 10.10. 2011.

Stadtmessungsamt

1. Sachbearbeiter 3D Stadtmodell **1 Stelle A12**
Begründung:
Stelle ist dringend für die Weiterentwicklung und die Unterstützung der Ämter notwendig.

Hochbauamt

1. Sachbearbeiter für den Kita-Ausbau **4 Stellen A12**
Begründung:
Zur Umsetzung des von den Fraktionen SPD, Grüne, CDU beantragten Ausbau der Kita-Versorgung nötig.
2. Projektbearbeiter **1 Stelle EG 12**
Begründung:
Umsetzung der Betriebssicherheitsverordnung 2007 für Aufzüge.
3. Meister **2 Stellen EG 9**
Begründung:
Bauunterhaltung. Siehe Organisationsuntersuchung und Anhebung der Wertgrenzen.

Tiefbauamt

1. Bauingenieur **1 Stelle A12**
Begründung:
Ausbau der Radverkehrshaupttrouten (GR-Beschluss)
2. Verkehrsingenieur **1 Stelle A11**
Begründung:
Ausbau der IVLZ
3. Straßenbauer **4 Stellen EG 5**
Begründung:
Verbesserung der Altersstruktur.

Gartenbau-, Friedhofs-und Forstamt

1. Projektbearbeiter **1 Stelle EG11**
Begründung :
Umsetzung der vom Gemeinderat beschlossenen Projekte. Die eine von der Verwaltung beantragte Stelle ist nicht ausreichend. Deshalb wird diese zweite Stelle beantragt.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2103

Stellenplan Amt für öffentliche Ordnung

Das Amt für öffentliche Ordnung benötigt zur ordnungsgemäßen und bürgerfreundlichen Erledigung seiner Aufgaben rechtzeitige und ausreichende Personal- und Raumressourcen, die den sich verändernden Anforderungen und Notwendigkeiten gerecht werden, deshalb beantragen wir.

I.

Zusätzlich zu den bereits in der GRDRs 770/2011 enthaltenen Vorschlägen der Verwaltung werden beim Amt für öffentliche Ordnung die folgenden Stellen zum Stellenplan 2012 geschaffen:

- 1 Stelle Bes.Gr. A 11 für die Sachbearbeitung in der Heimaufsicht
- 1 Stelle Bes.Gr. A 11 zur Verstärkung des Teams Veranstaltungsgenehmigungen (alternativ könnten wir uns vorstellen, die von der Verwaltung schon vorgeschlagene Stelle zur Organisation des Kirchentags bereits für 2012 vorzusehen und ohne KW-Vermerk auf Dauer einzurichten. Dies scheint uns auch vor dem Hintergrund sinnvoll, da im Jahre 2013 die zentrale Feier zum Tag der deutschen Einheit in Stuttgart stattfinden wird.
- 1 Stelle Entgeltgruppe 10 für den Einsatzleiter „Städtischer Vollzugsdienst“.
- 2 Stelle in Bes.Gr. A 11 (zusätzlich) und 1 Stelle in Bes.Gr. A 8 zur Überwachung und Durchsetzung der von der Gaststätten- und Gewerbebehörde getroffenen Genehmigungen, Auflagen und Untersagungen.
- 1 Stelle Entgeltgruppe 8 (zusätzlich) um eine jährliche Ausbildungsfrequenz für angehende Lebensmittelkontrolleure/-innen sicher zu stellen.
- 1 Stelle Entgeltgruppe 9 für einen Lebensmittelkontrolleur um damit die Lücke, die durch den Wechsel von Beamten des WKD mit einer 41-Stunden-Woche auf TVÖD-Beschäftigte mit einer 39,5 Stunden-Woche entstanden ist, auszugleichen.
- 1 Stelle in Bes.Gr.A 8 für die Bearbeitung und Überwachung von Baustelleneingemündungen.
- 1 Stelle Entgeltgruppe 11 für einen Verkehrsingenieur (Operator) für einen optimierten Betrieb der IVLZ. Auf die Mitteilungsvorlage (GRDRs 962/2010) wird verwiesen.
- 1 Stelle A 12 dauerhaft zur konzeptionellen fachlichen, rechtlichen und organisatorischen Begleitung der Ausweitung des Parkraummanagements auf die Innenstadt – Wir erwarten, dass zumindest die vorhandene Stelle der vorhandenen Mitarbeiterin entfristet und ihre überragenden Leistungen bei der Einführung des Parkraummanagements im Westen durch eine Stellenhebung anerkannt wird.

- 5,5 Stellen (2,5 Stellen Entgeltgruppe 8 in der Verkehrsüberwachung, 1 Stelle A 10, 1 Stelle A 8 und 1 Stelle Entgeltgruppe E 6) bei der Bußgeldstelle zum ordnungsgemäßen Betrieb der Überwachungsanlage Cannstatter Straße.
- 1 Stelle Entgeltgruppe 8 bei der Einbürgerungsbehörde zur Fortsetzung der erfolgreichen Einbürgerungskampagne bzw. Wegfall eines KW-Vermerks an einer dortigen Stelle.
- 8,5 Stellen in Bes.Gr. A 8 zur Verstärkung der Bürgerbüros für die Bewältigung des zusätzlichen Arbeitsanfalls insbesondere durch den neuen Personalausweis.
- 1 Stelle Sachbearbeitung A 11 in der Verwaltung (Personal- und Organisation) zur Bewältigung der durch den Personalzuwachs entstanden und durch die Beschlussfassung dieser Haushaltberatung weiter steigenden Arbeitsanfall.

II.

Die folgenden Stellen sind weitgehend durch Bußgelder finanziert und deshalb finanzneutral. Deshalb beantragen wir zusätzlich:

26,5 Stellen in der Verkehrsüberwachung, bei der Bußgeldstelle und der Verwaltung zur Umsetzung unserer Vorstellung von einem sicheren und stadtverträglichen Verkehr. Auf unseren Antrag Nr. 292/2011 und den mündlichen Vortrag des Ordnungsbürgermeisters im UTA am 11.10.2011 beziehen wir uns.

III.

Referat AK führt oder veranlasst beim Amt für öffentliche Ordnung eine Organisationsuntersuchung mit dem Ziel dem Gemeinderat zum übernächsten Doppelhaushalt Vorschläge für eine an der Aufgabenerfüllung ausgerichteten ausreichenden Stellenausstattung und für eine zukunftsgerichtete Organisationsstruktur zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Das Amt für öffentliche Ordnung mit seinen mehr als 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit rund 700.000 persönlichen Bürgerkontakten jährlich sehen wir als das Gesicht der Stadtverwaltung zu unseren Bürger/-innen und Bürgern.

Das AföO hat fast ausschließlich staatliche und kommunale Pflichtaufgaben nach Weisung zu erfüllen. Gesetzliche Vorgaben legen die Quantität und die Qualität der Aufgabenerledigung fest. In der Regel geht es um ad-hoc-Bearbeitung häufig in Gegenwart des Antragstellers oder zeitlich genau terminierte Angelegenheiten häufig kurzfristiger Art (Einwohner-/Ausländerangelegenheiten, Veranstaltungen, Demos etc.)

Wir haben den Eindruck, dass es aufgrund zusätzlicher Aufgaben z.B. durch den neuen Personalausweis, dem elektronischen Aufenthaltstitel zu viel zu großen Einschränkungen bei der **Qualität der Aufgabenerledigung für die Bürgerinnen und Bürger gekommen ist**. Wir bemerken Defizite in der Qualität der Bearbeitung von Veranstaltungen und haben bereits im Antrag Nr. 362/2011 Personalengpässe als Grund vermutet.

Uns ist klar, dass die Aufgabenerledigung in einer Ordnungsverwaltung in unmittelbarer Abhängigkeit zu den vorhandenen Ressourcen steht, und wir wollen nicht, dass zu wenig Personalressourcen zu **Defiziten bei der Erledigung von Pflichtaufgaben führen und die rechtskonforme Aufgabenerledigung gefährden. Und wir wollen nicht, dass das dadurch steigende Risiko für Rechtsverletzungen** Haftungs- oder Schadensersatzansprüchen gegen die Mitarbeiter/-innen persönlich oder die Stadt an sich auslösen.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Unser Gesundheitsamt - passen Aufgabenvielfalt und Stellenausstattung noch zusammen?

Wir beantragen:

1. Die Stellenausstattung des Gesundheitsamtes wird bereits vor den Beratungen zum Stellenplan in 1. Lesung Gegenstand von Beratungen. Dabei wird auch dargestellt, wie sich der Bereich Pflichtaufgaben in den vergangenen Jahren entwickelt hat, für welche Aufgaben das Konnexitätsprinzip greift oder strittig ist. Da es sich angesichts des großen Nachholbedarfes bei dessen Behebung vermutlich um ein zu entwickelndes Stufenprogramm handeln muss, werden die Stellenbedarfe durch das Fachamt in eine Priorisierung gebracht.
2. Gleichzeitig wird dargestellt, wie sich der Sachkostenbedarf entwickelt hat und welche Aufstockungen hier – getrennt in Pflichtbereiche, Bereiche auf die ggf. das Konnexitätsprinzip zutrifft und präventive Aufgaben – notwendig sind. Dass z.B. an Sachkosten für versäumte U-Untersuchungen nach dem Kinderschutzgesetz zusätzlich **30.000.-- €** notwendig sind, ist für uns klar und wird deshalb unabhängig von weiteren Bedarfsaufstellungen von uns beantragt.
3. Auch im Bereich des Gesundheitsamts muss die inhaltliche Weiterarbeit durch Fachforen und -tagungen gesichert sein. Entsprechend unseres Antrages zum Sozialamt wird vom Gesundheitsamt dargestellt, wie hier der Bedarf ist und auf welche Einzelbeschlüsse verzichtet werden kann, wenn das Budget entsprechend ausgestattet ist.
4. Die Aufgabe und Bedeutung des ÖGD wächst ständig, z.B. bei Themen wie Gesundheitsvorsorge für benachteiligte Personengruppen. Welche Aufgabenstellung sieht hier das Gesundheitsamt und welche Personalressourcen werden dafür benötigt?

Begründung:

Unser Gesundheitsamt ist in den vergangenen Jahren / Jahrzehnten in der Stellenausstattung in einem Ausmaß zusammengespарт worden wie kein anderes Amt.

Dies zeigt sich mittlerweile sogar öffentlich am Beispiel des nicht mehr besetzten Pfortenbereichs in einem hochsensiblen Tätigkeitsfeld.

Im Zentrum der Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes stehen gerade beim Gesundheitsamt der Schutz und die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung. Dabei sind individualmedizinische Leistungen eher sekundär, im Vordergrund steht die Bevölkerung als Ganzes bzw. in ihrer Gesamtheit. So ist z.B. im Infektionsschutz die Behandlung einzelner (erkrankter) Personen keine Aufgabe des ÖGD, sehr wohl dagegen der Schutz von Personen gegen eine

Ansteckung und damit die Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten.

Ein Großstadt-Gesundheitsamt, wie in Stuttgart hat sich besonderer Fragestellungen des Gesundheitsschutzes, der Gesundheitsförderung und der Gesundheitshilfen für großstadtypische Zielgruppen anzunehmen. Die Anforderungen an die Gesundheits- und Sozialplanung mit Suchthilfe- und Gemeindepsychiatrieplanung, sowie die Herausforderungen der stadtteilbezogenen Arbeit mit Vernetzung, Koordinierung, Empowerment und Randgruppenversorgung gehen über die eines Gesundheitsamtes im ländlichen Raum hinaus. Besondere Herausforderungen sind hier u.a. die Themen Armut und Gesundheit, Migration und Gesundheit sowie die Gesundheitsfragen des demografischen Wandels. Dafür sehen wir unser Gesundheitsamt in seiner derzeitigen Stellenausstattung nicht ausreichend gerüstet.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Dr. Maria Hackl

Ariane Zürn

Manfred Kanzleiter

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Personalpolitik im Zeichen des demografischen Wandels.

BürgerHH Ranking Nr. 3

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung legt rechtzeitig zur zweiten Lesung einen Stufenplan für Maßnahmen zur Personalgewinnung und Personalerhaltung zur Beschlussfassung vor.
2. Der Maßnahmenplan 2012/2013 Arbeitssicherheit, Arbeitsschutz und Gesundheitsvorsorge (GRDrs. 750/2011) wird umgesetzt. Die erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 300 T. € werden bereitgestellt.

Begründung:

Der demografische Wandel erfordert auch bei der Stadt als Arbeitgeber deutliche Reaktionen. Ansonsten ist zu befürchten, dass die Stadt immer mehr ihre Handlungsfähigkeit einbüßt. Schon heute sind wichtige Arbeitsplätze nur noch schwer zu besetzen, weil es an geeigneten Bewerbern mangelt und weil die Stadt gegenüber anderen Arbeitgebern nicht attraktiv genug ist. Der von der Verwaltung jüngst vorgelegte erste Personalbericht weist auf diese Umstände deutlich hin. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung auf der Fachebene geeignete Handlungskonzepte bereits erarbeitet hat, die nun auch dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden müssen. Zu dem erwarteten Handlungskonzept gehören so wichtige Themen wie

- der Arbeitsschutz,
- die Ausbildung,
- die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der Stadt auf dem Arbeitsmarkt

Die erforderlichen zusätzlichen Mittel wollen wir im Haushalt beschließen. Sinnvoll erscheint uns ein stufenweises Vorgehen. Deshalb sollte der Vorschlag der Verwaltung möglichst mit der Personalvertretung abgestimmt und priorisiert werden.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Vergnügungssteuer ausschöpfen

BürgerHH Ranking 13 Spielhallensteuer
97 Wettautomaten und Vergnügungssteuer

Wir beantragen:

1. Die Vergnügungssteuer wird um den Tatbestand der Glücksspiele erweitert und die Hebesätze werden von 18% auf 22% erhöht.
2. Bis zur 1.Lesung des Haushalts wird rechtlich geklärt, bis zu welcher Höhe die Vergnügungssteuer zulässig ist und ob weitere Tatbestände einbezogen werden können.

Begründung:

Nach unserem Wissen schöpft die Landeshauptstadt die Einnahmepotenziale aus der Vergnügungssteuer bisher nicht aus. Sowohl aus ordnungspolitischen, als auch aus finanziellen Gründen halten wir es trotz der verbesserten Finanzlage der Stadt für geboten, die Entscheidung aus dem letzten Haushalt zu verändern. Nach überschlägiger Rechnung erwarten wir Einnahmesteigerungen von ca. 2 Mio. € pro Jahr.

Dr. Roswitha Blind
FraktionsvorsitzendeHans H. Pfeifer
Stv. FraktionsvorsitzenderMonika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013 Kultur - Anfragen

Wir fragen an und bitten um Darlegungen zur 1. Lesung der Haushaltsberatungen:

Eine angemessene Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für das Kunstmuseum war Thema parallel zur Beratung der dauerhaften Sicherung des Otto-Dix-Hauses. Welche finanziellen Mittel sind aktuell notwendig?

Die Vorlage 536/2011 - Knabenchor Collegium Iuvenum - zeigt auf, dass aufgrund einer in absehbarer Zeit neuen und nicht mehr ehrenamtlichen Besetzung des Chorleiters eine gravierende Erhöhung der städt. Förderung angefragt wurde - dagegen beim Land ein wesentlich geringerer Erhöhungsbetrag erbeten wird? Wir bitten die Verwaltung, dies zu klären und zu berichten.

Die Vorlage 681/2011 - Veitskapelle macht deutlich, dass dieses Vorhaben dem Herrn Oberbürgermeister - durchaus berechtigt - ein wichtiges ist. Wir wundern uns nur, dass nicht von Verwaltungsseite ein entsprechender Betrag eingestellt wurde. Der Rat an den Gemeinderat, 96.500 Euro zu fördern, hinterließ aber noch eine große finanzielle Lücke bei diesem Vorhaben. Wir bitten um Konkretisierung.

Ein Teil der Mundarttheater hat sich zur "Vereinigung Stuttgarter Mundarttheater" zusammengeschlossen. Nun wurden die Fraktionen zwecks Förderung angefragt, da z.B. ein gemeinsames Büro/Treffpunkt nicht allein finanzierbar sei. Die Verwaltung klärt ab und berichtet.

Sozusagen in letzter Sekunde bat das Musik Podium Stuttgart die Verwaltung um ein Gespräch zwecks Erhöhung seiner Förderung. Das Resultat erbitten wir zur Kenntnis.

In einem von Künstlern organisierten Planungsworkshop im Juni d. J. wurden Vorstellungen und Ideen zur Entwicklung des Standortes Wagenhallen erarbeitet. Nun plant der jetzt sehr engagierte Kunstverein Wagenhallen e.V. zur Fortsetzung ein Architektur-Festivals - 72-hour urban action. Wir bitten die Verwaltung um Vorstellung des Projektes und Darlegung, ob das Vorhaben einer sachlichen bzw. finanziellen Unterstützung bedarf.

Wie stehen wir zukünftig zur Kulturregion? Gibt es für Stuttgart und die Region eine Klärung?

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2012/2013

Sanierung der Kelter in Wangen

Wir beantragen:

1. Für die Sanierung der Kelter in Wangen, werden in den Haushalt die notwendigen Mittel eingestellt:

2012	0.945 Mio. €
2013	1.060 Mio. €
(2014)	0.415 Mio. €)

2. Im Rahmen der Beratungen beziffert die Verwaltung die notwendigen Mittel, die für die Renovierung des Umfelds der Kelter erforderlich sind.

Begründung:

Bereits in den Haushaltsplanberatungen für die Jahre 2008 und 2009 wurde die Sanierung der Kelter in Wangen beraten. Ein Beschluss wurde damals zurückgestellt, weil der Kämmerer es für sinnvoll hielt, die Sanierung und die entsprechende Umgestaltung des Kelterumfeldes im Zusammenhang zu realisieren. Es wurde danach eine Beschlussfassung im Rahmen der HH-Beratungen für 2010 ins Auge gefasst. Wegen des Steuereinbruchs kam es vor zwei Jahren jedoch zu keinem Beschluss. Dieser sollte jetzt - auch im Blick auf das 300-jährige Kelterjubiläum im Jahre 2013 - dringend gefasst und umgesetzt werden.

Dr. Roswitha Blind
Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst
Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter